Fachhochschule
Nordwestschweiz



20 Jahre FHNW: Gründungsgeschichte eines Erfolgsmodells

Ein historischer Rückblick 1995 bis 2005 von Dr. Jacqueline Weber

20 Jahre FHNW: Gründungsgeschichte eines Erfolgsmodells

Vorwort **3**

Der Weg zur Gründung **8**
Die Sicht der Politik **24**
Die Ebene der Fachhochschulratspräsidien **38**
Aus dem Blickwinkel der Direktionen **54**
Die Erfolgsfaktoren **68**

Abkürzungsverzeichnis 76
Quellen und Literaturverzeichnis 78
Impressum 84



FHNW Campus Brugg-Windisch. Foto: WEISSWERT, Basel

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Jahr 2026 feiern wir das 20-jährige Bestehen der FHNW. Es freut uns sehr, Ihnen anlässlich unseres Jubiläums einen historischen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der FHNW zu geben.

Die FHNW ist erwachsen geworden und hat sich zu einer selbstbewussten und eigenständigen Hochschule entwickelt. Hatte die FHNW im Gründungsjahr noch 6 162 Studierende, so hat sie die Zahl der Studierenden bis heute mehr als verdoppelt und weist zu Beginn des Jubiläumsjahres stolze 14 527 Studierende aus. Die FHNW hat sich nicht nur im Bereich der Ausbildung, sondern auch in der Weiterbildung und in der Forschung zu einer führenden Fachhochschule entwickelt. Sie steht heute für exzellente Lehre, praxisnahe Forschung und gesellschaftliche Veranwortung.

Das 20-Jahr-Jubiläum gibt uns die Gelegenheit, mit den Gründungsmüttern und -vätern der FHNW auf die interessante und zeitweise bewegte Gründungsgeschichte zurückzublicken. Dass sich die vier Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn zu Beginn des 3. Jahrtausends auf die Gründung einer gemeinsamen Hochschule geeinigt haben, wird erst im Rückblick als Parforceleistung begreifbar. Aus heutiger Sicht ist das Projekt FHNW als visionäres Vorhaben mit grossem Erfolg zu beurteilen. Der Mut, die Energie und die Durchsetzungskraft, mit welcher die politisch Verantwortlichen sich damals zu diesem Schritt entschlossen, verdienen aus heutiger Sicht grosse Anerkennung und Dank.

Es freut uns, dass sich sowohl die für die Gründung der FHNW politisch Verantwortlichen als auch die damals operativ verantwortlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger bereit erklärt haben, ihren persönlichen Rückblick auf die Entstehung der FHNW in der vorliegenden Publikation zu teilen.

Wir danken der Historikerin Dr. Jacqueline Weber für die Aufarbeitung der Gründungsgeschichte der FHNW. Mit ihrer Arbeit sind wichtige Erinnerungen und Entscheidungen zur Entstehung der FHNW festgehalten und dokumentiert. Unser Dank gilt aber auch allen, die die FHNW geprägt haben – Studierenden, Mitarbeitenden, Partnerinnen und Partnern und Unterstützenden.

Studierende in der Bibliothek am FHNW Campus Brugg-Windisch.
Foto: WEISSWERT, Basel

Sie alle haben dazu beigetragen, dass die FHNW heute das ist, was sie ist.

Während wir auf die Vergangenheit zurückblicken, richten wir den Blick auch nach vorne: Die FHNW wird auch zukünftig vielfältige Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft geben und ein lebendiger Ort der Innovation, der kritischen Reflexion und der Zusammenarbeit sein – für Studierende, Forschende und Partner und Partnerinnen aus Wirtschaft und Gesellschaft.

Markus Jordi
Präsident Fachhochschulrat

Prof. Dr. Crispino Bergamaschi
Direktionspräsident FHNW





FHNW Campus Muttenz. Foto: Studio Gataric Fotografie

Der Weg zur Gründung

Die Einleitung
Am 1. Januar 2006 nahm die vierkantonal getragene Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW ihren Hochschulbetrieb auf. Sie startete mit den acht Hochschulen für Angewandte Psychologie, für Architektur, Bau und Geomatik, für Gestaltung und Kunst, für Life Sciences, für Soziale Arbeit, für Technik, für Wirtschaft sowie der Pädagogischen Hochschule. Im Jahr 2008 kam die Hochschule für Musik dazu. Anfang 2025 wurde die FHNW um die Hochschule für Informatik ergänzt und die Hochschule für Technik um den Bereich Umwelt erweitert.

Die FHNW hat sich in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens zu einer der führenden Fachhochschulen in der Schweiz entwickelt: Die Anzahl der Studierenden stieg seit ihrer Gründung bis 2024 von 6162 auf rund 15000 Personen auf über das Doppelte an.[1] Im Jahr 2026 bietet die FHNW 34 Bachelor- und 23 Masterstudiengänge an. Im Bereich der Forschung erwirbt sie Drittmittel in der Höhe von rund 70 Millionen Franken und in der Weiterbildung erwirtschaftet die FHNW rund 51 Millionen Franken Drittmittel.[2]

Die Gründung der FHNW ist eine Erfolgsgeschichte, der ab 1995 zunächst ein zögerlicher, teilweise holpriger und schliesslich intensiver politischer Prozess voranging. Dieser Prozess soll in den folgenden Kapiteln anhand von Zeitzeugengesprächen aufgezeigt werden. Nach einer zusammenfassenden Skizze von den Vorgaben des Bundes im Rahmen der Botschaft zum neuen Fachhochschulgesetz bis hin zum Inkrafttreten des FHNW-Staatsvertrags werden in den folgenden Kapiteln einige der beteiligten Personen aus der Politik, den Fachhochschulratspräsidien und den Hochschuldirektionen der Vorgängerinstitutionen zu Wort kommen. Im letzten Kapitel werden aus der Sicht der Politik sowie der strategischen und der operativen Leitungen der Vorgängerinstitutionen die Erfolgsfaktoren, die für die Gründung der FHNW relevant waren, im Sinne eines Fazits dargestellt. Das Nachwort mit einem Blick in die Zukunft schliesst diese Broschüre zum 20-jährigen Jubiläum der FHNW ab.

Der Auslöser
Das Bundesgesetz über die Fachhochschulen trat am 1. Oktober 1996 in Kraft.[3] Es legte die Förderung des Aufbaus und der Entwicklung der Fachhochschulen in den Bereichen Industrie, Dienstleistungen sowie Land- und Forstwirtschaft als Bundesaufgabe fest und «strebte gemeinsam mit den Kantonen»[4] nach einer schweizweiten Kooperation im Hochschulsektor.

Für den Aufbau der Fachhochschulen wurden 1996 über 50 ehemalige Höhere Fachschulen aufgewertet.[5] Gleichzeitig beschränkte der Bund in der Botschaft zum Fachhochschulgesetz die Anzahl der Fachhochschulen zunächst auf zehn Zentren mit dezentralen Standorten[6] und reduzierte diese Anzahl Anfang 1998 gegen den «Widerstand einzelner Kantonsregierungen» auf sieben.[7]

Mit der Planung der «Fachhochschullandschaft Schweiz» wurde die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) bereits 1995 beauftragt. Sie delegierte diese Aufgabe an ihre Regionalkonferenzen. Auch in den Kantonen wurden ab 1995 Arbeiten zur Gründung von Fachhochschulen aufgenommen. So legten die Kantone Aargau und Solothurn die Rechtsgrundlagen für die Schaffung ihrer kantonalen Fachhochschulen, während in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt die Regierungen ein Projektteam mit Vertretungen aus beiden Kantonen ins Leben riefen, um Arbeiten für eine gemeinsam getragene Fachhochschule aufzunehmen.[8] Im Rahmen der Diskussionen in der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK)[9] wurde schnell klar, dass Bern seine sechs Höheren Fachschulen in eine Berner Fachhochschule zusammenführen wollte und die Kantone Luzern und Wallis die Zusammenarbeit mit den anderen Innerschweizer bzw. den Westschweizer Kantonen anstrebten.

In der Region Nordwestschweiz prüften deshalb die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, ob und in welcher Form ihre Fachhochschulen zusammenarbeiten könnten. In entsprechenden gemeinsamen Regierungsratsbeschlüssen vom Sommer 1995 hielten sie fest, dass «eine Verbundlösung die Autonomie der Kantone und ihrer Schulen nicht beeinträchtigen» dürfe.[10] Zunächst sollte die bestehende Plenarkonferenz der NW EDK als Koordinationsorgan eingesetzt werden. Doch schon 1997 zeigte sich, dass der Koordinationsbedarf zwischen den vier Partnerkantonen für diese Lösung zu aufwendig war. Zudem drängte der Bund auf eine Zusammenlegung der Fachhochschulen.

Daher wurde eine vierkantonale Arbeitsgruppe eingesetzt, welche das sogenannte «Drei-Ebenen-Modell» erarbeitete: Die strategische Zusammenarbeit in einem Kooperationsrat entsprach der Ebene 1, die operative Zusammenarbeit der drei Hochschulleitungen der Fachhochschule Aargau (FHA), der Fachhochschule beider Basel (FHBB) sowie der Fachhochschule Solothurn (FHSO) die Ebene 2. Als Ebene 3 wurde die interkantonale Zusammenarbeit der vier Bildungsdirektionen festgelegt. Dieses Modell wurde im Herbst 1997 der Eidgenössischen Fachhochschulkommission (EFHK) eingereicht.[11] Jede der drei Fachhochschulen erarbeitete parallel dazu umfangreiche Unterlagen für die Anerkennung durch den Bund und reichte diese ein.

Am 2. März 1998 erteilte der Bund den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn eine bis Ende 2003 befristete Genehmigung zur Führung der Fachhochschulen in der Nordwestschweiz. Diese Genehmigung war mit der Auflage verbunden, bis spätestens Ende 2000 die Studiengänge und Schwerpunkte der drei Fachhochschulen zu koordinieren. Dieses Ziel sollte zusammen mit der «Zweckmässigkeit der Organisation» bis Ende 2003 überprüft werden.

Sollte diese Prüfung unbefriedigend ausfallen, so verlangte der Bund, dass anderen Führungsmodelle ins Auge gefasst werden sollten.[12] Die Anerkennung bedeutete jedoch nicht «nur» die Betriebserlaubnis für eine Fachhochschule. Es ging dabei auch um Geld. Artikel 19 des Fachhochschulgesetzes legte fest, dass ein «Drittel der Investitions- und der Betriebskosten der Fachhochschulen»[13] durch den Bund getragen werden sollte. Das war für die Fachhochschulen ein sehr wichtiger Finanzierungsbeitrag und für die Kantone eine Entlastung ihres Finanzhaushalts.

Der zuerst als «Kooperationsrat Fachhochschulzusammenarbeit Nordwestschweiz»[14] bezeichnete Kooperationsrat FHNW nahm ebenfalls im März 1998 seine Arbeit auf. In diesem Rat waren die Spitzen der Vorgängerinstitutionen der FHNW (Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten sowie die Direktoren und Direktorinnen) und Mitarbeitende der vier Bildungsdepartemente vertreten.[15] Er hatte jedoch – wie der Name sagt – nur koordinierende Funktion. Die Entscheidungskompetenz blieb bei den rechtlich zuständigen Organen der Kantone und der Fachhochschulen.

Die Aufgaben

Eine der ersten Aufgaben des Koordinationsrats bestand in der Ausarbeitung einer Zusammenarbeitsvereinbarung. Diese wurde im November 1998 von den Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn beschlossen.[16] Als Ziel hielt die Vereinbarung die «Abstimmung der strategischen Planung» fest. Damit sollte «eine koordinierte Entwicklung der Schwerpunkte, eine funktionale Arbeitsteilung und eine enge Zusammenarbeit zwischen der FH Aargau, der FH beider Basel und der FH Solothurn» sichergestellt werden. Zudem wurde ein Innovationsfonds gegründet.[17] Dieser diente der vertieften Zusammenarbeit der drei Fachhochschulen. Für den Aufbau der Zusammenarbeit hatte jeder Kanton 25 000 Franken gesprochen. Diese Mittel wurden von der NW EDK verwaltet. Im Juni 1998 beschloss der Kooperationsrat, die noch verbleibenden 50 000 Franken dem Innovationsfonds gutzuschreiben und die Verwaltung dieser Mittel selbst zu übernehmen.[18] Aufgrund der regen Nutzung dieses Fonds wurde die Dotierung von 100 000 Franken pro Hochschule von 1999 bis 2001[19] für die Jahre 2002 und 2003 auf 150 000 Franken erhöht.[20]

Mitte 1999 verstärkten die Regierungen der Partnerkantone die Arbeit des Kooperationsrats durch ein vierkantonales Mandat, welches den Kooperationsrat damit beauftragte, bis Ende Jahr an den drei Fachhochschulen unter anderem folgende Harmonisierungen vorzunehmen: einheitliche Jahresstruktur ab dem Studienjahr 2000/2001, Förderung der Mobilität von Studierenden und Dozierenden zwischen den drei Partnerschulen sowie gemeinsame Kriterien für die Eröffnung und Schliessung von Studiengängen.[21] Ausserdem wurde in einer Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus allen drei Teilschulen und unter der Leitung von Crispino Bergamaschi, dem aktuellen Direktionspräsidenten der FHNW, das erste gemeinsame Portfolio entwickelt.[22]

Der nächste Schritt

Doch auch mit dem Mandat war eine Lösung der Grundproblematik nicht in Sicht: Wie sollte die schwerfällige, quasi doppelte strategische Führung durch die Fachhochschulräte der drei Teilschulen und den Kooperationsrat die Fachhochschulen in der Nordwestschweiz zielgerichtet weiterentwickeln?



Im Gebäude der ehemaligen Höheren Technischen Lehranstalt Windisch (HTL) befindet sich heute die Hochschule für Technik und Umwelt FHNW.
Foto: Pati Grabowicz

Im November 2001 beschlossen daher die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, die bestehende Vereinbarung zu revidieren. Mit der Revision sollte der Kooperationsrat weiter gestärkt werden und es wurde ihm der Auftrag zu einem umfassenden Strategieentwicklungsprozess erteilt.[23] Im Rahmen dieses Prozesses wurden auf der Basis einer Standortbestimmung das Vorgehen und die Möglichkeiten für eine Zusammenführung der drei Teilschulen diskutiert. Dabei wurde auch die Integration der Musikhochschule thematisiert und die Aufnahme der Pädagogik ins Auge gefasst. Der letzte Punkt erwies sich als ein Thema, welches im Verlauf der Verhandlungen die Gründung einer vierkantonalen Fachhochschule beinahe verhindert hätte. Wichtige und schwierige Punkte in den Verhandlungen waren auch die Finanzierung der gemeinsamen Fachhochschule und die Zuteilung der Standorte.

Die Vernehmlassung und die Parlamentsentscheide

Im Dezember 2003 wurde in einer Medienmitteilung die Öffentlichkeit darüber informiert, dass sich die vier Partnerkantone geeinigt hätten, die Kooperation zu verstärken, wobei die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt auf das Ziel «Vollfusion» hinarbeiten wollten, während der Kanton Solothurn ein «Fusionsmodell mit drei Teilschulen» vorzog. Trotz der weiterhin bestehenden Differenzen sollte möglichst bald eine Vernehmlassung durchgeführt werden.[24]

Daher wurde in den kantonalen Verwaltungen – einschliesslich der Verwaltung des Kanotns Solothurn – unter Hochdruck ein vierkantonaler Staatsvertrag ausgearbeitet, während die Vorsteherin und Vorsteher der vier Bildungsdirektionen weiterverhandelten. In der Vernehmlassung vom Mai 2004 wurde schliesslich ein Staatsvertrag vorgelegt, welcher die Vollfusion vorsah und den Grundstein für die heutige FHNW legte. Die Ergebnisse dieser Vernehmlassung ergaben keine unüberwindbaren Stolpersteine, sodass die Parlamente zwischen dem 8. März und dem 4. Mai 2005 dem Staatsvertrag FHNW einstimmig (AG und SO) oder mit grossem Mehr (BL und BS) zustimmten.[25]

Einführung in die nächsten Kapitel

Die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

Wie bereits erwähnt, bilden Zeitzeugengespräche das Kernstück der vorliegenden Publikation. Insgesamt wurden 13 Personen angefragt, ob sie sich als Zeitzeugin bzw. Zeitzeuge für ein Gespräch zur Verfügung stellen würden. Den Gesprächen lag ein Fragekatalog zugrunde, der für jede Gruppe von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, ehemalige Regierungsmitglieder, Fachhochschulratspräsidien und Direktionen der Vorgängerinstitutionen, leicht angepasst wurde. Auf Basis der Transkriptionen der durchgeführten Gespräche werden in den folgenden Kapiteln die Erinnerungen der Zeuginnen und Zeugen dargestellt und im letzten Kapitel zusammengeführt.

Aus der Politik wurden die vier damaligen Regierungsmitglieder angefragt:

Rainer Huber, CVP, von 2001 bis 2009 Regierungsrat des Kantons Aargau und Vorsteher des Departements Bildung, Kultur und Sport. Bis 2006 war er Präsident des Fachhochschulrats der Fachhochschule Aargau.

Von 1989 bis 2003 stand **Peter Schmid,** SP, als Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion vor. Anschliessend hatte er bis 2006 das Präsidium des Fachhochschulrats der FHBB sowie des Koordinationsrats inne und war bis 2012 der erste Fachhochschulratspräsident der FHNW. Die Nachfolge von Peter Schmid im Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft übernahm Urs Wüthrich, SP. Er war von 2003 bis 2015 Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion und vertrat somit das Geschäft «Staatsvertrag FHNW» im Landrat. Leider verstarb er 2022 und konnte daher für diese Broschüre nicht mehr interviewt werden.

Christoph Eymann, LDP, von 2001 bis 2017 Regierungsrat des Kantons Basel und Vorsteher des Erziehungsdepartements. Von 2002 bis 2006 war er Mitglied des Hochschulrats der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSA-BB).

Ruth Gisi, FDP, als Regierungsrätin des Kantons Solothurn von 1997 bis 2005 Vorsteherin des Departements für Bildung und Kultur.

Aus den Fachhochschulräten der Vorgängerinstitutionen der FHNW wurden die damaligen Präsidenten bzw. die damalige Präsidentin zu einem Gespräch eingeladen:

Rosemarie Leuenberger war von 2002 bis 2005 Präsidentin des Hochschulrats der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB), deren Start offiziell 2004 stattfand. Sie war ab 2003 Gast im Kooperationsrat FHNW und von 2006 bis 2009 war sie zudem ein Mitglied des ersten Fachhochschulrats der FHNW.

Gianfranco Balestra hatte zuerst das Präsidium des Rats des Technikums beider Basel und anschliessend bis 2003 das Präsidium des Fachhochschulrats der Fachhochschule beider Basel inne. 1998 wurde er erster Präsident des Kooperationsrats FHNW und blieb bis 2003 ein Mitglied in diesem Gremium.

Von 1995 bis2005 war **Peter Kofmel** Präsident des Fachhochschulrats der Fachhochschule Solothurn und Mitglied sowie zeitweise Präsident des Kooperationsrats FHNW. Nach der Gründung der FHNW wurde er ebenfalls ein Mitglied des Fachhochschulrats FHNW.

Ab 2002 war **Markus Reichenbach** Präsident des Fachhochschulrats der Pädagogischen Hochschule Solothurn (PHSO) sowie ab 2003 Gast im Kooperationsrat FHNW.

Im hier relevanten Zeitraum waren folgende Personen Direktorin bzw. Direktor der Vorgängerinstitutionen der FHNW:

Direktor der Fachhochschule Solothurn (FHSO) war von 1995 bis 2005 **Peter Abplanalp**. Neben Leitungsaufgaben lehrte und forschte er an der Hochschule für Wirtschaft FHNW in Olten zu den Themen «Strategie» sowie «Wettbewerbsfähigkeit von Ländern und Regionen».

Peter F. Amacher war von 2002 bis 2005 Präsident der Fachhochschulleitung der Fachhochschule Aargau (FHA). Nach der Gründung der FHNW baute er den Technopark Aargau auf, dessen Ehrenpräsident er heute noch ist. Er übernahm verschiedene Verwaltungsmandate. 2023 wurde er zum Verwaltungsratspräsidenten der Dampfbahn Furka-Bergstrecke AG gewählt.

Richard Bührer (links) wurde 2006 erster Direktionspräsident der FHNW.
Peter Schmid war bis 2012 der erste Fachhochschulratspräsident der FHNW.
Foto: Theo Scherrer

Richard Bührer war von 2000 bis 2005 Direktor der Fachhochschule beider Basel (FHBB) und hatte bereits ab 1999 als designierter Direktor Einsitz im Kooperationsrat. Ab 2004 war er zudem Leiter des Gesamtprojekts und wurde 2006 erster Direktionspräsident der FHNW.

Von 2000 bis 2005 war **Martin Straumann** Direktor der Pädagogischen Hochschule Solothurn. An der FHNW war er als Leiter Institut Kindergarten-/Unterstufe tätig. Zuletzt war er an der Universität Bern als Professor für Schulpädagogik tätig, wo ihm bereits 1993 der Titel eines Honorarprofessors verliehen worden war.

Eva Tov war von 2002 bis 2005 Co-Direktorin der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB). In der FHNW übernahm sie eine Professur, die sie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Broschüre nach wie vor innehat.

Der zweite Co-Direktor der HPSA-BB war **Viktor Abt**. In der FHNW war er bis zu seiner Pensionierung 2015 Leiter des Instituts Sekundarstufe I und II. Leider konnte er für die vorliegende Broschüre nicht befragt werden, da er 2016 verstarb.

Insgesamt wurden zwölf Gespräche geführt. Alle angefragten Personen ausser Ruth Gisi haben sich dazu bereit erklärt, als Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen an der vorliegen Broschüre mitzuwirken. Für die Bereitschaft, ihre Erinnerungen mitzuteilen, und die spannenden Gespräche sei ihnen herzlich gedankt.

Viele weitere wichtige Beteiligte

Aufgrund des Umfangs der vorliegenden Broschüre wurde die Zahl der Gesprächspartnerinnen und -partner auf die am stärksten exponierten Personen mit Entscheidungskompetenzen beschränkt. Daneben übernahmen eine Vielzahl von Mitarbeitenden der drei Vorgängerinstitutionen Arbeiten im Zusammenhang mit der Gründung der FHNW, ganz abgesehen vom Betrieb der FHA, der FHBB und der FHSO. Es würde den Rahmen dieser Broschüre sprengen, alle, die einen Beitrag zum Start der FHNW geleistet haben, an dieser Stelle namentlich zu nennen.

Nennen möchte ich jedoch die damaligen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, die für das Dossier FHNW verantwortlich waren.





Der Kanton Solothurn wollte für die Pädagogik den Standort in Solothurn behalten. Die Integration der Pädagogik in die FHNW wurde kontrovers diskutiert. Foto: WEISSWERT, Basel

Alex Hofmann (AG), Joakim Rüegger (BS) und Andreas Brand (SO) waren seit dem Start im Jahr 1998 Mitglieder des Kooperationsrats. Ab Ende 2000 nahm auch Karin Hiltwein (BL), daran teil. Sie hatte damals die Nachfolge von Dorothea Christ als Leiterin der Stabsstelle Hochschule im Kanton Basel-Landschaft angetreten. Diese vier Hochschulverantwortlichen hielten in ihrem jeweiligen Kanton die direkte Verbindung zwischen dem Kooperationsrat und den Vorstehern und Vorsteherinnen der Bildungsdirektionen aufrecht und informierten diese über die Diskussionen im Gremium. Sie bereiteten die Sitzungsunterlagen für ihre Vorgesetzten vor und brieften sie bei jedem Verhandlungsschritt.

Damit leisteten sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Voranschreiten der Verhandlungen und für die daraus resultierende vierkantonale Einigung. Vor allem aber erarbeiteten sie innert kürzester Zeit ein vierkantonales Vertragswerk, den Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW sowie die für die Beschlüsse der vier Kantonsparlamente nötigen Unterlagen.[26] Mit Ausnahme einer formalen Anpassung im Jahr 2011 blieb dieser Staatsvertrag die Basis für die vierkantonale Trägerschaft und den Betrieb der FHNW in den ersten 20 Jahren.[27]

Den vier Hochschulverantwortlichen der kantonalen Verwaltungen, Andreas Brand, Alex Hofmann, Karin Hiltwein und Joakim Rüegger, aber auch allen Ungenannten, die zur Gründung der FHNW beigetragen haben, sei an dieser Stelle ein grosses Dankeschön ausgesprochen!

1 o. A.: Die FHNW/Porträt und Organisation/Facts & Figures, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/facts-und-figures>, Stand: 30.07.2025.
2 Bundesgesetz über die Fachhochschulen vom 6.10.1995 (Fachhochschulgesetz, FHSG, SR 414.71).
3 Schweizer Gesetzestexte: Gesetz über die Fachhochschulen (Fachhochschulgesetz, FHSG) BBl 1995 IV 470. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1995/4_470_473_457/de>, Stand: 17.03.2025.
4 Schweizerischer Bundesrat: Botschaft zum Bundesgesetz über die Fachhochschulen vom 30.5.1994, Bundesblatt BBl 1994 III 789, 26.7.1994, S. 789–875, hier S. 868. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1994/3_789_777_713/de>, Stand: 26.3.2025.
5 Ernst Buschor: Hochschulen wohin? Stand und Perspektiven der Schweizer Hochschulreform, in: Alfred Kyrer (Hg.): Integratives Management für Universitäten und Fachhochschulen oder: Governance und Synergien im Bildungsbereich in Österreich, Deutschland und in der Schweiz. Wien 2002, S. 19–28, hier S. 19.
6 Wie Anm. 4, Kapitel 1, S. 847.
7 Walter Hagenbüchle: Fachhochschulen, Historisches Lexikon der Schweiz, HLS, 23.11.2011, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/046285/2011-11-23/>, Stand: 15.8.2025.
8 Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft Nr. 1473 vom 6.6.1995: Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft vom 5.4.1995 in Basel, in: StABL, VR 3001 RRB 03 1995 1473. Im Folgenden werden die Auszüge aus den Protokollen des Regierungsrats kurz als RRB (Regierungsratsbeschluss) ergänzt mit dem jeweiligen Kanton bezeichnet, zum Beispiel: RRB BL.
9 Die Mitglieder der NW EDK sind die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Luzern, Solothurn und Wallis: NW EDK: Mitglieder der NW EDK, nwedk.ch, <https://www.nwedk.ch/mitglieder-der-nw-edk>, Stand: 15.8.2025.
10 RRB SO vom 17. August 1995, Nr. 2137: Fachhochschulzusammenarbeit in der Nordwestschweiz: Absichtserklärung der beteiligten Kantone und Einsetzung einer Projektgruppe. S. 4, in: Staatsarchiv des Kantons Solothurn (StASO), Regierungsakten, RRB SO Nr. 2137 vom 17. August 1995. Da die zitierten Beschlüsse der vier Regierungen betreffend FHNW jeweils gleichlautend gefasst wurden ebenso wie die Parlamentsbeschlüsse zum Staatsvertrag, wird im Folgenden nur auf den Regierungsratsbeschluss bzw. die Parlamentsvorlage eines Kantons verwiesen.
11 Schreiben der Kantone AG, BL, BS und SO an die Eidgenössische Fachhochschulkonferenz vom 30. November 1997, in: StASO, 720-0/02, Kor FHNW, Korrespondenz 1996–2000. Teil II, 1997–1998.
12 Fachhochschulpolitische Rahmenbedingungen vom 25. September 2000, in: StASO, 720-0/03 Kor FHNW, Korrespondenz 1996–2000. Teil III, 1999–2000.
13 Wie Anm. 3, Kapitel 1, hier Art. 19.
14 Fachhochschulzusammenarbeit Nordwestschweiz. Koordinationsrat. Protokoll der konstituierenden Sitzung 1/98 vom 13. März 1998, in: StABL, VR 3501 B 2310.00-020 1998–1999. Ab April 2000 wurde der Kooperationsrat als «Kooperationsrat Fachhochschule Nordwestschweiz» bezeichnet: Protokoll der Sitzung des Kooperationsrats der Fachhochschulen Nordwestschweiz vom 26.4.2000, in: StABL, VR 3501 B 2310.00-020 2000–2001.
15 «Vereinbarung über die Zusammenarbeit unter den Fachhochschulen im Bereich Technik, Wirtschaft und Gestaltung zwischen den Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn», Entwurf vom 8.6.1998, S. 1–4, hier S. 2, in: StASO 720-0/02. Kor, Korrespondenz 1996–2000, Teil II, 1997–1998.
16 Wie Anm. 15, Kapitel 1, S. 1.
17 Ebd.
18 Andreas Brand: Fachhochschulzusammenarbeit Nordwestschweiz, Innovationsfonds, Schreiben an die NW EDK vom 17. Juni 1998, in: StASO, 720-0/01 Kor FHNW, Korrespondenz 1996–2000. Teil I, 1996–1998.
19 Wie Anm. 15, Kapitel 1, S. 3.
20 «Vereinbarung über die Zusammenarbeit unter den Fachhochschulen im Bereich Technik, Wirtschaft und Gestaltung zwischen den Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, Revision 2001», S. 1–4, hier S. 3, in: StASO 720-0/02 Kor FHNW, Kooperationsrat/Vereinbarung.
21 RRB vom 24. August 1999 Nr. 1636 Fachhochschulzusammenarbeit Nordwestschweiz: Mandat der Regierungen der Kantone AG, BL, BS und SO an den Kooperationsrat, S. 1–2, hier S. 1, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 1998–1999.
22 Protokoll der Sitzung des Kooperationsrats vom 25.4.2001, S. 1–5, hier S. 4, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 2000–2001.
23 Wie Anm. 20, Kapitel 1.
23 Durchbruch für die Fachhochschule Nordwestschweiz, Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt beschliessen Vollfusion – Solothurn prüft Form der Beteiligung. Medienmitteilung vom 9.12.2003, in: Staatsarchiv des Kantons Aargau (StAAG) ZwA 2013.0033/5, 212562 Fusion Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW - Kooperationsrat FHNW (Sitzungen).
24 Durchbruch für die Fachhochschule Nordwestschweiz, Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt beschliessen Vollfusion – Solothurn prüft Form der Beteiligung. Medienmitteilung vom 9.12.2003, in: StAAG, ZwA 2013.0033/5, 212562 Fusion Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW – Kooperationsrat FHNW (Sitzungen).
25 Beschlussprotokolle der vier Kantonsparlamente AG, BL, BS und SO betreffend Staatsvertrag FHNW. Grosser Rat des Kantons Aargau: Beschlussprotokoll, ag.ch, 08.03.2005, <https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/187/Beschlussprotokoll?SitzungId=1500>, Stand: 22.4.2025; Landrat des Kantons Basel-Landschaft: Protokoll der Landratssitzung vom 21. April 2005, baselland.ch, 21.4.2005, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/sitzungen/traktanden-2005-2009/traktandenliste-18/protokoll-der-landratssitzung-vom-21-apr-4>, Stand: 22.4.2025; Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt: Provisorisches Beschluss-Protokoll, bs.ch, 9.3.2005, <https://grosserrat.bs.ch/media/files/ratsprotokolle/beschlussprotokoll_2005-03-09.pdf>, Stand: 22.4.2025; Kantonsrat des Kantons Solothurn: II. Session, 5. Sitzung, 4.5.2005, so.ch, 04.05.2005, <https://so.ch/fileadmin/internet/pd/pdf/protokolle/2005/050504-v1.pdf>, Stand: 22.4.2025.
26 Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Genehmigung des Staatsvertrags über die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW vom 27.10. / 9.11.2004, Partnerschaftliches Geschäft, Landratsvorlage Nr. 2004-284 vom 11.11.2004, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2004-november-dezember-278-bis-332>, Stand: 12.3.2025.
27 Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Fachhochschule Nordwestschweiz; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2012–2014; Änderung von § 33 des Staatsvertrags, Landratsvorlage Nr. 2011-315 vom 15.11.2011, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2011-november-dezember-293-bis-378>, Stand: 12.3.2025.



Warum braucht es überhaupt Forschung? Auch diese Frage war zu Beginn der politischen Fusionsverhandlungen Gegenstand von Diskussionen.
Foto: Christian Aeberhard

Die Sicht der Politik

Alle Gesprächspartnerinnen und -partner antworteten zuerst auf die Frage, was ihnen als Erstes in den Sinn kommt, wenn sie an die Zeit vor der Gründung der FHNW zurückdenken. Von den damaligen Regierungsmitgliedern war Peter Schmid der Dienstälteste. Er war als Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft schon zu Beginn der 1990er-Jahre an den Diskussionen in der EDK zum Thema Fachhochschulen beteiligt. Als Erstes kam ihm daher der lange und «kurvenreiche» Weg in Erinnerung, bis 1998 feststand, dass der Bund die Zahl der Fachhochschulen auf sieben beschränken würde.[1] Für Christoph Eymann und Rainer Huber, die beide 2001 ihr Amt als Regierungsrat antraten, standen die beteiligten Personen bzw. wichtige Meilensteine und Rahmenbedingungen vor Augen. So erlebte Christoph Eymann Rainer Huber als «treibende Kraft» und Peter Schmid als «graue Eminenz» im «Vierergespann der Vorsteherin und der Vorsteher der Bildungsdirektoren». Die im Rahmen des Strategieentwicklungsprozesses durchgeführten Klausuren waren für Rainer Huber besonders wichtig und er sah in seiner Doppelfunktion als Regierungsrat und Präsident des Fachhochschulrats FHA einen Vorteil.

Neuer Elan

Für die Umsetzung der Bundesvorgaben hatten die vier Kantone Gespräche geführt, Regierungsratsbeschlüsse gefasst und 1998 den Kooperationsrat ins Leben gerufen. Doch in Richtung FHNW bewegten sich die vier Kantone noch nicht. Auf der einen Seite schienen die beiden Basel mit ihrer Fachhochschule FHBB vollauf zufrieden zu sein. Sie hatte sich 1997 aus dem bereits bikantonal geführten «Urgestein der partnerschaftlichen Zusammenarbeit», dem Technikum,[2] entwickelt und Peter Schmid ging davon aus, dass sich die «besten Standorte» und die «erfolgreichsten Studiengänge» durchsetzen würden.

Auf der anderen Seite arbeiteten die Kantone Aargau und Solothurn an einer gemeinsam geführten Fachhochschule. Rainer Huber, für den es wichtig war, dass der Kanton Aargau endlich ein Hochschulkanton werden sollte, nachdem entsprechende Bestrebungen in den 1970er-Jahren gescheitert waren,[3] konnte mit dem Einverständnis seines Vorgängers Peter Wertli,[4] bereits vor seinem Amtsantritt im April 2001 als Gast einer gemeinsamen Regierungssitzung Aargau und Solothurn zum Thema Fachhochschule AG/SO beiwohnen. Er ging bestens vorbereitet als «stiller Beobachter» nach Olten und kehrte am Mittag sehr enttäuscht zurück. Die Sitzung erschien ihm als «Leerlauf», ohne «einen Funken einer Vision», kein «einziges klares Ziel» sei erkennbar gewesen.

Dieses Erlebnis und die Überzeugung, dass der Kanton Aargau neben Solothurn auch mit den anderen Kantonen der Nordwestschweiz zusammenarbeiten musste, damit in dieser Region eine konkurrenzfähige Fachhochschule entstehen konnte, bestärkten ihn, eine Lösung zu finden, «von der alle [vier Kantone] profitieren könnten». Er teilte daher nach seinem Amtsantritt diese Pläne seinen Kolleginnen und Kollegen in der Aargauer Regierung sowie der Solothurner Bildungsdirektorin, Ruth Gisi, mit und nahm mit ihrem Einverständnis Gespräche mit Christoph Eymann und Peter Schmid auf. Für Rainer Huber sah es danach aus, dass er bei seinen Kollegen in den beiden Basel «fast offene Türen» einrannte.

Das ist wenig verwunderlich. Peter Schmid hatte seine Haltung in Bezug auf die Kriterien für die Wahl eines Studienorts geändert: «Die Motivation, einen Studienort zu wählen, hängt mit der Freundin oder dem Freund, […] mit dem Wohnort zusammen und ob man mit den Kolleginnen und Kollegen zusammen sein kann, aber nicht zwingend mit der Qualität.» Zudem kam er zur Überzeugung, dass das Konstrukt von drei Fachhochschulen, die nur zusammenarbeiten, «nicht funktioniert». Es wurde bald ersichtlich, dass die seit 1998 praktizierte Kooperation der drei Fachhochschulen für ihre künftige Entwicklung nicht «zielführend sein kann».

Und im Kanton Basel-Stadt hatte es in der Zeit, seit die Gründung der Fachhochschulen auf der politischen Agenda stand, mehrere Wechsel der Vorsteherinnen und Vorsteher[5] des Erziehungsdepartements gegeben, bis im Februar 2001 Christoph Eymann dieses Amt antrat. Dass die beiden Basel zunächst eine gemeinsame Trägerschaft als ungeeignet ablehnten, war für Christoph Eymann «kein Thema, weil es [mir] eingeleuchtet hat, dass dies sinnvoll ist». Auch die «Erfahrungen mit dem bereits bestehenden Zusammenschluss mit Baselland auf der technischen Ebene» trug zu dieser Auffassung bei und nicht zuletzt sollten seiner Meinung nach «die Kosten für die Musikakademie gerechter» aufgeteilt werden. Daher stand für ihn bald fest: «Doch, wir wollen eine Fusion.» Entschieden war dies jedoch noch nicht.

Der Strategieentwicklungsprozess

Zunächst sollte ein Strategieentwicklungsprozess aufgegleist werden. In einer gemeinsamen Medienmitteilung gaben die vier Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren am 8. Juni 2001 folgerichtig bekannt, dass der Kooperationsrat mit der «Entwicklung einer einheitlichen Strategie für die Fachhochschulregion Nordwestschweiz» beauftragt wurde.[6] Auf dieser Basis überarbeitete der Kooperationsrat die Vereinbarung. Diese Revision wurde gegen Ende 2001 von den vier Regierungen beschlossen.[7]

Für die Erarbeitung der gemeinsamen Strategie wurden mit dem Vorliegen der Regierungsratsbeschlüsse die nächsten Schritte in die Wege geleitet. So entschied der Kooperationsrat im November 2001, dass vom 14. bis 16. März 2002 die Fachhochschulratspräsidien, die drei Direktoren der FHA, der FHBB und der FHSO sowie ein Moderator in einem Vorbereitungsmeeting den Prozess der Strategieentwicklung definieren sollten. Für Anfang Mai sollten sie eine Tagung mit allen Mitgliedern des Kooperationsrats der drei Fachhochschulräte sowie mit den vollständigen Fachhochschulleitungen planen. Rainer Huber nahm als Präsident des Fachhochschulrats FHA an der Vorbereitung teil.

Die übrigen Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren sollten erst nach der Tagung im Mai an diesem Prozess beteiligt werden.[8] Damit waren diese offenbar nicht einverstanden, denn gemäss einer Liste der Teilnehmenden an dieser «Königsklausur» in Engelberg waren alle vier präsent.[9] Für die drei Zeitzeugen blieb dieser Anlass, wie für fast alle Gesprächspartnerinnen und -partner, deutlich in Erinnerung. Christoph Eymann erzählte, dass er – damals neu im Amt – sich dort «ein bisschen zurückgehalten [und] vor allem zugehört» habe. Er fügte aber auch hinzu, dass in Engelberg, «die Konturen […] zu Faden geschlagen» wurden. Rainer Huber fand die Klausur in Engelberg «eigentlich grossartig!». Er schätzte, dass er dort viele «absolut gute Leute» kennenlernte. Immer die engen zeitlichen Vorgaben des Bundes vor Augen – Prüfung der Funktionstüchtigkeit der Führungsstrukturen bis Ende 2003 –, erachtete er sie als einen «grosse[n] Schritt». «Wir wussten, dass wir im Oktober 2002 noch ein gutes Jahr hatten, um die Vorgaben des Bundesrats zu erfüllen», so Rainer Huber. Peter Schmid, der solchen Anlässen eher kritisch gegenüberstand: «Ich war immer skeptisch, wenn zu viele Zettelchen und Wölkchen an den Stellwänden hingen», bevorzugte vor allem die informellen Gespräche, aber er sah ein, dass es sowohl den «offiziellen Prozess» als auch den «informellen Prozess» brauchte und dass «beides wichtig» war. Und die «Ergebnisse vom Mai 2002 [waren] glasklar …».

Nach der Klausur vom 2. bis 4. Mai 2002 fanden Ende Mai sowie im Juni und Juli vier viertägige «Grossklausuren« mit je 60 Teilnehmenden[10] und eine weitere im September in Engelberg statt, bei der die vier Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren an einem Tag ebenfalls anwesend waren.[11] Kurz darauf konnten im Oktober des gleichen Jahres die Zwischenergebnisse den Regierungen zur Genehmigung unterbreitet werden.[12] Doch bis das Projekt für den politischen Prozess in den Parlamenten reif war, gab es noch viele, viele weitere Sitzungen sowie etliche inner- und interkantonale Hürden zu überwinden.[13]

Innerkantonale Hürden

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit musste Rainer Huber im Kanton Aargau intensive Überzeugungsarbeit leisten. Er erzählte, dass mit den «innerkantonalen Diskussionen» sofort «die Parteipolitik ins Zentrum» gerückt sei. «Kann man einem CVP-Politiker […] eine solche Trumpfkarte in die Hand geben […]?» Als Nächstes kam gleich die vom ihm erwartete «Riesendiskussion» um Brugg-Windisch auf. So fragte er sich, «kann man einem Aarauer zumuten, dass er auf Brugg schaut?» Doch für Rainer Huber stand von Anfang an fest, dass der beste Standort für die Fachhochschulen im Kanton Aargau in Brugg-Windisch war, der «mit dem Glasbau des Technikums eine sehr gute Voraussetzung» bot, zudem war Brugg verkehrstechnisch gut angebunden und es gab Platz. Darüber hinaus war dieser Standort schon im August 1998 vom damaligen Präsidenten des Fachhochschulrats der FHA, Alois Sonnenmoser,[14] in einem Brief an den Vorgänger von Rainer Huber ins Spiel gebracht worden.[15] Dennoch war es für den Kantonshauptort Aarau ein schwer zu akzeptierender Vorschlag, dass die neue Fachhochschule nicht dort am Bahnhof entstehen würde. Doch Rainer Huber erhielt starke Unterstützung aus Brugg[16] und gleichzeitig mit der bereits erwähnten Medienmitteilung vom 8. Juni 2001 konnte die Festlegung von Brugg als Standort der FHNW publiziert werden.[17]

In den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt kam der Widerstand aus eigenen Institutionen. In der gemeinsamen Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSA-BB) waren unzählige Sitzungen mit den Leitungspersonen des

Departements Pädagogik nötig, um sie zu überzeugen. «Es gab dort enorme Widerstände […]. Sie wollten am System mit dem Seminar festhalten.» Christoph Eymann berichtet von unzähligen Besprechungen in «dem provisorischen Gebäude mit den kleinen Räumen» in Liestal. Dort sei, so fügt er anekdotisch hinzu, «einmal die Heizung ausgefallen». Die PH müsste doch nun dringend «bessere Bedingungen» bekommen, war zwar «nicht das ultimative Argument». «Aber es kam uns gerade recht.»

Schwierig waren die Debatten mit dem Kader des Departements Pädagogik vor allem, weil sie mit hochschulsystematischen Fragestellungen verbunden waren.[18] So verfügen die Pädagogischen Hochschule zum Beispiel in deutschen Bundesländern wie die Universitäten über das «Promotionsrecht im Rahmen ihrer Aufgabenstellung».[19] Die Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz sind hingegen systematisch den Fachhochschulen gleichgestellt und haben somit kein Promotionsrecht. Auch 20 Jahre nachdem die beiden Basler Bildungsdirektoren die Integration der PH in die FHNW mit den Vertretungen ihrer Vorgängerinstitution diskutierten, ist die Auseinandersetzung um das Promotionsrechts an Schweizer Pädagogischen Hochschulen nach wie vor im Gang,[20] obwohl einige PHs, darunter auch die FHNW, ihren Absolvierenden die Promotion durch Kooperationen mit Universitäten ermöglichen.[21]

In den beiden Basel gab es zu Beginn auch starken Widerstand aus der eigenen Fachhochschule. Hansjörg Wirz[22] hatte die Leitung des Technikums in einer schwierigen Phase übernommen und es erfolgreich in die FHBB überführt. Er blieb bei seiner Überzeugung, dass die Qualität der FHBB auch für deren künftigen Erfolg ausreichen würde. Für ihn war die FHNW nicht nötig. Nach seiner Pensionierung 2001 nutzte er alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten als Grossrat, um gegen die FHNW – wenn auch erfolglos – zu kämpfen. Weil sie ihn persönlich schätzten, haben dies Christoph Eymann und Peter Schmid beide sehr bedauert.

Nicht gerade auf Widerstand, aber auf Unverständnis stiess Peter Schmid immer wieder im Hinblick auf die Forschung. Die Frage «Warum braucht es überhaupt Forschung?» wurde ihm wieder und wieder gestellt. Daher musste er unzählige Male erklären, «dass das grundsätzlich Neue gegenüber den Höheren Fachschulen ganz klar die Forschung […] und die forschungsgestützte Lehre» seien. Auch bei seinen Kolleginnen und Kollegen in den Bildungsdirektionen in Aarau, Basel und Solothurn stellte er dieses fehlende Verständnis zu Beginn der Zusammenarbeit fest. Doch als die Verhandlungen über die Fusion zur FHNW konkret wurden, stellte dies keine interkantonale Hürde mehr dar.

Im Rahmen der Klausuren und weiterer Sitzungen im Jahr 2003 wurde eine Vielzahl von Traktandenpunkten diskutiert. Im Mai 2003 stellte der externe Leiter des Strategieentwicklungsprozesses, Daniel Escher, eine Liste mit über 40 Themen zusammen, welche die Differenzen und Übereinstimmungen der vier Kantone festhielt.[23] Für die Einigung auf kantonaler Ebene sollen an dieser Stelle drei Fragestellungen kurz beleuchtet werden: Musik und Pädagogik sowie das Thema Vollfusion oder ein Fusionsmodell mit drei Teilschulen.

Der Start der FHNW fand 2006 ohne die Musikhochschule statt, sie kam erst 2008 dazu. Die Frage der Integration der Musik wurde kontrovers diskutiert. Für Basel-Stadt war dieses Anliegen sehr wichtig. Christoph Eymann wollte sicherstellen, dass die Diplome der Musikakademie auch künftig international anerkannt sein würden.

Um den Widerstand von innen und aussen zu entkräften und das Anliegen von Basel-Stadt zu stärken, unterstützte ihn Alex Krauer, ein Basler Wirtschaftsführer und der damalige Präsident des Akademierats,[24] der auch als externer Berater im Strategieprozess mitgewirkt hatte[25], indem er viele Gespräche in der Musikakademie, aber auch in Solothurn und in Aarau führte. Basel-Stadt kam insbesondere den Kantonen Aargau und Solothurn mit der Zustimmung zur verzögerten Integration der Musik um zwei Jahre und einer Abfederung der Trägerkosten in Millionenhöhe entgegen.[26] Im Kanton Solothurn wurde die um zwei Jahre spätere Aufnahme der Musik in die FHNW als Verhandlungserfolg gewertet.

Peter Schmid hingegen meinte, diese spätere Eingliederung der Musik sei «ein Fehler [gewesen], den ich absolut mitverantworte», und der sich seiner Ansicht nach «insofern gerächt» hat, «dass [der erneute Fusionsprozess] nachher mühsam war». Doch als dieser Punkt verhandelt wurde, hatte er «den Eindruck, es sei wahrscheinlich schon richtig». «Denn eine Sorge, die mich in diesem Prozess stark begleitet hat, war: Stemmen wir das alles?» Langfristig, meinte Peter Schmid, war diese Sorge unbegründet und die Integration der Musik in die FHNW gelungen.

Die Hochschule für Musik Basel FHNW. Die Frage der Integration der Musik wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Schliesslich wurde sie zwei Jahre nach der Gründung 2008 in die FHNW aufgenommen. Foto: WEISSWERT, Basel

Ein weiteres schwieriges Thema war die Integration der Pädagogik. Die Befragten setzten sich, wie berichtet, zum Teil gegen Widerstand im eigenen Kanton für die Integration der Pädagogischen Hochschule in die künftige Fachhochschule ein. In der Erinnerung von Peter Schmid taten sich aber auch einige beteiligte Aargauer und Solothurner schwer, weil sie die Tradition der eigenen Lehrerpersonenausbildung nicht aufgeben wollten. Allerdings hatte der Kanton Aargau bereits 2001 begonnen, die Pädagogik in die FHA zu überführen.[27] Alle drei Gesprächspartner erinnern sich, dass die Haltung des Kantons Solothurn zu diesem Thema lange nicht eindeutig war. Noch nach Abschluss der «Standortdiskussionen» war für den Kanton Solothurn die Frage, ob die FHNW mit oder ohne PH gegründet werden sollte, nicht definitiv geklärt. An einem bestimmten Punkt, so Rainer Huber, habe Ruth Gisi zu verstehen gegeben, «dass die Pädagogik mit Sicherheit nicht dabei sein würde, [da diese] eigenständig sein und mit Bern kooperieren» würde. Noch im Dezember 2003 «anlässlich der letzten interkantonalen Verhandlungsrunde» habe die Regierung des Kantons Solothurn nach dem «Sinn einer Integration [der] Pädagogik» gefragt.[28] In einem Dokument zu diesem Thema führen die «Bildungsdepartemente AG, BL und BS» acht umfassende Argumente an.

Davon wurde besonders die Bedeutung «der kritischen Grösse, der Exzellenz und der Kosteneffizienz» hervorgehoben, jedoch auch der Umstand in Erinnerung gerufen, dass schon Mitte 1999 in allen vier Kantonen parlamentarische Vorstösse eingereicht worden waren, «die von den Regierungen AG, BL, BS und SO verlangten, dass die Lehrkräfteausbildung zu einer gemeinsamen pädagogischen Fachhochschule zusammengeführt werden».[29]

Ob dieses Dokument eine Entscheidungshilfe war, konnte nicht eruiert werden. Jedenfalls fiel der definitive Solothurner Entscheid erst ganz zum Schluss der Verhandlungen, kurz bevor eine vierkantonale Medienkonferenz im Mai 2004 als Startschuss für die Vernehmlassung stattfinden sollte. In einem Telefongespräch, so Rainer Huber, teilte Ruth Gisi ihm mit, dass Solothurn mit der Integration der Pädagogischen Hochschule einverstanden war.

Zum Thema Vollfusion oder ein Fusionsmodell mit drei Teilschulen müssen wir nochmals zurück ins Jahr 2003 schauen. Im Dezember 2003 wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt eine Vollfusion anstrebten, der Kanton Solothurn jedoch ein Modell mit drei Teilschulen bevorzugte. Gleichzeitig wurde eine Vernehmlassung für das nächste Jahr angekündigt. Wie kam es zu diesen zwei Varianten? Bereits Anfang April 2003 schloss der Solothurner Regierungsrat in einem Schreiben die Teilnahme des Kantons Solothurn unter der bis dahin erarbeiteten Stossrichtung aus. Es sollten andere Modelle für die vierkantonale Zusammenarbeit erarbeitet werden.

Ende Mai schlug Daniel Escher als «Ausweg» ein «Modell 3 + 1» vor. In diesem Ausweg würden drei Kantone gemeinsam die FHNW tragen und finanzieren. Deren Fachhochschulrat sollte auch die strategische Führung der FHSO innehaben, doch die Finanzierung würde allein dem Kanton Solothurn obliegen.[30] Zwar wurde dieses Modell nicht weiterverfolgt,[31] nach einem anderen Modell zu Dritt wurde jedoch weiter gesucht. So wurde parallel an einer Dreier- und einer Viererlösung gearbeitet.

Zu Beginn des Jahres 2004 nutzten die vier Bildungsdirektorinnen und -direktoren eine Tagung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in Interlaken, um mit den Fachhochschulratspräsidien und den drei Direktoren der FHA, der FHBB und der FHSO das FHNW-Portfolio zu diskutieren. Am Vorabend traf man sich zu einem Abendessen: «Das Abendessen war grossartig. Wir haben eigentlich alle Fragen während dieses Abendessens geregelt.» Doch in den folgenden Wochen, so Rainer Huber, «gab es einen Moment, als Ruth Gisi sagte, sie müsse sich überlegen, ob sie [die Solothurner] überhaupt dabei sein wollten».

Für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt drängte jedoch die Zeit. Gemäss den Vorgaben des Bundes sollte der Betrieb der FHNW 2006 beginnen. Die Vernehmlassung, die Ende Mai 2004 starten sollte, würde drei Monate dauern. Für die Auswertung der Vernehmlassung, die Erarbeitung der nötigen Dokumente und den parlamentarischen Prozess war der Zeitraum von knapp einem Jahr äusserst eng. Zudem war klar, dass man «nicht jahrzehntelang» verhandeln könnte, «weil dies in der Bevölkerung zu Verunsicherung» führen würde. Daher rief Rainer Huber an einem Freitag in Absprache mit seinen beiden Basler Kollegen – im Kanton Basel-Landschaft war nach dem Rücktritt von Peter Schmid Urs Wüthrich Bildungsdirektor geworden – Ruth Gisi an und teilte ihr mit, dass für die bereits erwähnte Medienkonferenz zwei Mitteilungen bereit seien: «Die Fachhochschule mit drei Kantonen und die Variante mit vier Kantonen.» Am darauffolgenden folgenden Montag informierte Ruth Gisi ihn, dass der Regierungsrat sich für eine vierkantonale Fachhochschule, das heisst für die Beteiligung des Kantons Solothurn an der FHNW, entschieden hatte.

Der politische Entscheidungsprozess

Damit war der Weg für den politischen Prozess geebnet. In den Vernehmlassungergebnissen fand die «Grundsatzfrage», die «Bildung einer gemeinsam von den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn getragenen FHNW […] überwiegend Zustimmung».[32] Im Oktober und November 2004 verabschiedeten die Regierungen der künftigen FHNW-Trägerkantone zuhanden der Parlamente die von Mitarbeitenden der Bildungsdirektionen verfassten Parlamentsvorlagen, welche neben der eigentlichen Vorlage den Bericht zum Staatsvertrag, den Staatsvertrag, die Detailerläuterungen, die Auswertung der Vernehmlassung, Materialien zu Fachhochschulentwicklung sowie die Gesamtübersicht einer Due-Diligence-Prüfung FHNW enthielten.[33]

Nun konnten die Beratungen der zuständigen Kommissionen in den vier Kantonsparlamenten beginnen. Die befragten Zeitzeugen konnten sich gut daran erinnern, dass sie ihre jeweiligen Kommissionen bereits im Verlauf der Verhandlungen immer wieder informiert hatten. Wie oben erwähnt, fielen die Abstimmungsergebnisse in den vier Parlamenten im Frühjahr 2005 zugunsten der FHNW aus. Nur im Kanton Basel-Landschaft musste das Geschäft zweimal traktandiert werden, weil es in letzter Minute noch zu Widerstand aus den Reihen der FHBB, unterstützt durch die FDP, so Peter Schmid, gekommen war. Doch der Landrat stimmte mit 73 zu 7 Stimmen dem Geschäft FHNW zu.[34] Der Gründung der FHNW am 1. Januar 2006 stand damit nichts mehr im Weg.

1 Die Transkriptionen aller Zeitzeugengespräche sind im digitalen Repositorium der FHNW (IRF: Institutional Repository FHNW) unter folgendem Link zugänglich: <https://doi.org/10.26041/fhnw-13390>.
2 1963 startete die erste bikantonal geführte Ausbildung der Vermesser (heute Geomatik) in Basel. In Muttenz startete das Technikum beider Basel 1970. Peter Hauenstein: «Das Technikum beider Basel, Profil einer modernen Ingenieurschule», in: Schweizerische Bauzeitung, Band 92 (Heft 12), 1974. <https://doi.org/10.5169/seals-72292>, Stand 21.5.2025.
3 Ann-Kathrin Amstutz: Warum der Aargau als viertgrösster Kanton keine Universität hat – und ob sich das ändern könnte, in: Aargauer Zeitung, 22.2.2022, S. 10. Online: <https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/bildung-warum-der-aargau-als-viertgroesster-kanton-keine-universitaet-hat-und-ob-sich-das-aendern-koennte-ld.2242992>, Stand: 5.7.2025.
4 Peter Wertli (CVP), war von 1988 bis 2001 Aargauer Regierungsrat. Bis 1993 leitete er das Gesundheitsdepartement, anschliessend acht Jahre das Bildungsdepartement: o. A.: Peter Wertli, alt Regierungsrat, ehemaliger Richter, in: Zeitgeschichte Aargau. <https://www.zeitgeschichte-aargau.ch/zeitzeugen-4/peter-wertli/>, Stand: 5.5.2025.
5 Stefan Cornaz (1995–1999), verstorben 2003; Veronica Schaller (2000–2001). Kanton Basel-Stadt: Alt-Regierungsräte. Liste aller Mitglieder des Regierungsrats seit 1875, bs.ch, 25.7.2025, <https://www.bs.ch/regierungsrat/alt-regierungsraete>, Stand: 5.9.2025.
6 Regierungsrat des Kantons Aargau: Weitergehende Strategieentwicklung. Fachhochschulregion Nordwestschweiz, Medienmitteilung vom 8.6.2001, ag.ch, 8.6.2001, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=weitergehende-strategieentwicklung-4fd023da-c42f-4eee-af5d-94c9d857c167_de>, Stand: 29.7.2025.
7 Wie Anm. 20, Kapitel 1.
8 Sitzung des Kooperationsrats vom 22.11.2001, Traktandum 5: Weitere Schritte, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 2000–2001.
9 Strategieentwicklungsprozess Fachhochschulen Nordwestschweiz STEP. Einladung zur Klausurtagung vom 2. bis 4. Mai 2002, in: StABL VR 3501 B 23.10.00-020 2002 – 2003 / I Jan. – April.
10 Klausuren Juni/Juli 2002 mit Angehörigen aller FH, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 2002 2003/Jan. – April.
11 Einladung zur Strategieklausur, 15. – 17. September 2002, 1. Tag mit RR Eymann, Gisi, Huber, Schmid, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 2002 2003 / I Jan. – April.
12 StASO, RRB 2002–2052 vom 22.10.2002.
13 Andreas Brand et al.: Vorgaben der für die Fachhochschule zuständigen Regierungsmitglieder AG, BL, BS und SO für den Strategieentwicklungsprozess STEP, 06.11.2002, in: StAAG, ZwA 2013 0033/4 Kooperationsrat FHNW 2002.
14 Alois Sonnenmoser (1939– 2004) wurde 1997, damals Vorsitzender der Geschäftsleitung der ABB Schweiz, zum ersten Fachhochschulratspräsidenten der FHA gewählt: Regierungsrat des Kantons Aargau: Regierungsrat würdigt den geistigen Vater der Fachhochschule Nordwestschweiz. Zum Tod von Alois Sonnenmoser, Medienmitteilung vom 7. Juli 2004, ag.ch, 7.7.2004, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=regierungsrat-wuerdigt-geistigen-vater-der-fachhochschule-nordwestschweiz-6aeb0990-faff-4903-86d5-502cc854d59f_de>, Stand: 15.08.2025.
15 Alexander Hofmann: Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromissen gewagt. Die Aargauer Fachhochschulpolitik 1992–2005, in: René Bortolani (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, S. 46– 67, hier S. 49.
16 Andreas Bürgi, der Inhaber der Jost Elektro AG in Brugg, hatte sich für Brugg als Standort der FHNW starkgemacht.
17 Regierungsrat des Kantons Aargau: Fachhochschule Aargau in Brugg/Windisch. Konzentration der Berufsschulen, Medienmitteilung vom 8.6.2001, ag.ch, 08.06.2001, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?publicationDatefrom=2001-06-06T22%3A00%3A00.000Z&page=1&publicationDate-datetime=custom&publicationDate-to=2001-06-08T22%3A00%3A00.000Z&mm=fachhochschule-aargau-in-brugg-windisch-1852233c-47f2-41d9-adcb-f81130fd1402_de>, Stand: 31.7.2025.
18 Ebd., Peter Schmid, Timecode: 27:43 → 28:42.
19 Gesetze des Landes Baden-Württemberg: Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz, LHG), vom 1. Januar 2005, hier § 38 Promotion, in: landesrecht-bw.de, <https://www.landesrecht-bw.de/bsbw/document/jlr-HSchulGBWV28P38>, Stand: 14.8.2025.
20 Beat A. Schwendimann: Überfälliges Promotionsrecht für Pädagogische Hochschulen aus Sicht des Berufsverbands, in: Beiträge zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Promotion an Pädagogischen Hochschulen, 41 (1), 2023, S. 26–29. <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/256848/2/BIZ_2023_1_Niebert_et_al_Promovieren_oder.pdf>, Stand: 14.8.2025.
21 swissuniversities: Position von swissuniversities zum Doktorat, swissuniversities.ch, 22.4.2021, <https://www.swissuniversities.ch/fileadmin/swissuniversities/Dokumente/Empfehlungen_und_Best_Practices/swuPositionDoktorat2021_de.pdf>, Stand: 14.8.2025; FHNW: Anschlussmöglichkeiten für Sek-II-Absolvent*innen. Master Educational Sciences und Promotionsprogramm, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/studium/paedagogik/sekundarstufe-2>, Stand: 14.8.2025.
22 Der Ende 2023 verstorbene Hansjörg Wirz war von 1991 bis 2001 Direktor der FHBB. Zwischen 1988 und 2008 war er mit einem Unterbruch ein Mitglied des Basler Grossrats (DSP) und 1993/1994 Präsident dieses Parlaments: Hans Martin Tschudi: Nachruf auf Hansjörg Wirz. Der Basler, der in Schottland Anlauf holte, in: In: Basler Zeitung, 9.1.2024. <https://www.bazonline.ch/nachruf-auf-hansjoerg-wirz-der-basler-der-in-schottland-anlauf-holte-944690117090>, Stand: 31.7.2025.
23 Daniel Escher: Differenzen und Übereinstimmungen in der Beurteilung von zentralen Aussagen bzw. Vorgaben des STEP, 27.5.2003. 5 Seiten, in: StAAG, ZwA 2013 0033/5 Kooperationsrat FHNW 2003.
24 Alex Krauer (1931–2021) war ein Wirtschaftsführer der Pharma- und Finanzindustrie, 1995–2005 Mitglied und Präsident des Universitätsrats der Universität Basel und 2003–2010 Präsident des Akademierats der Musik-Akademie Basel: Stefan Hess: Alex Krauer. 1931–2021, in: Gemeinde Lexikon Riehen. <https://www.lexikon-riehen.ch/personen/alex-krauer/>, Stand: 5.9.2025.
25 Daniel Escher: Gemeinsamer Strategieentwicklungsprozess der Fachhochschulen Nordwestschweiz (STEP), Schreiben vom 13.8.2002, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 2002–2003/Jan. April.
26 Der Kanton Basel-Landschaft unterstützte dieses Anliegen der Stadt. Weil die beiden Basel in spezifischen Lastenausgleichsdiskussionen auf bikantonaler Ebene standen, bedurfte es für diesen Kanton keiner Abfederung: Wie Anm. 26, Kapitel 1, Beilage 1, S. 22.
27 Peter F. Amacher: Vorwort. Von der FHA zur FHNW – eine Erfolgsgeschichte, in: René Bortolani (Hg.), 2006, S. 6.
28 Alexander Hofmann, Internes Diskussionspapier vom 6.5.2004, S. 1, in: StASO, 720-0/24 FHNW KoR/Protokolle, Akten Projektleitung.
29 Ebd., S. 2.
30 Daniel Escher: Memo: Das «Modell 3 + 1». Kooperationsrat 23.5.2003, S. 1–3, in: StAAG, ZwA 2013 0033/5 Kooperationsrat FHNW 2003.
31 Protokoll der Sitzung des Kooperationsrats vom 23.5.2003, S. 3, in: StABL, VR 3501 B 23.10.00-020 2003/II Mai–Dez.
32 Wie Anm. 26, Kapitel 1, Beilage 4, S. 3.
33 Wie Anm. 26, Kapitel 1, Beilagen zur Landratsvorlage.
34 Wie Anm. 25, Kapitel 1.



Am 27. Oktober und 9. November 2004 sowie am 18. und 19. Januar 2005 stimmten die vier Trägerkantone der FHNW dem Staatsvertrag zu.
Foto: Michael Fritschi

Die Ebene der Fachhochschulratspräsidien

Im Kooperationsrat arbeiteten zunächst die FHA, die FHBB und die FHSO zusammen. Bei der FHBB wechselte das Fachhochschulratspräsidium 2003 von Gianfranco Balestra zu Peter Schmid. In der FHA hatte zunächst Peter Wertli und danach Rainer Huber das Fachhochschulratspräsidium inne. Bei den Zeitzeugengesprächen mit Rainer Huber und Peter Schmid standen ihre Funktion als Regierungsräte im Vordergrund. Bei Bedarf werden sie in diesem Kapitel in ihrer Funktion als Fachhochschulratspräsident ebenfalls zu Wort kommen. An der FHSO präsidierte Peter Kofmel den Fachhochschulrat während der gesamten Übergangszeit in die FHNW.

Nachdem im Kooperationsrat die drei Vorgängerinstitutionen bereits mehrere Jahre zusammengearbeitet hatten, wurden aufgrund der Diskussionen über die Aufnahme der Pädagogik in die FHNW auch die Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten der Pädagogischen Hochschulen als Gäste in den Kooperationsrat eingeladen. Daher wurden auch Zeitzeugengespräche mit Rosemarie Leuenberger (HPSA-BB) und Markus Reichenbach (PHSO) durchgeführt.

Den Einstieg stellte auch bei diesen Gesprächen die erste oder die wichtigste Erinnerung dar. Für Gianfranco Balestra, der bereits dem Fachhochschulrat des Technikums beider Basel vorstand, kam als Erstes «das Chaos vom Anfang, als die Fachhochschulen» ihre Arbeit aufnahmen, in den Sinn. Von den Studiengängen über die Personalrekrutierung, die nötige Infrastruktur und Logistik bis hin zur Frage, «was für eine strategische Ausrichtung wollen wir?» war alles neu.

Peter Kofmel beriet sich als neu gewählter Nationalrat und neugewählter Präsident der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule in Olten 1995 mit zwei anderen neu gewählten Ratsmitgliedern – Christine Egerszegi-Obrist[1] und Johannes Randegger[2] –, die beide ebenfalls im Rat einer Höheren Fachschule aktiv waren. Sie entwickelten die Idee man sollte die drei Fachhochschulen «als eigene Rechtseinheiten […] in eine Kooperation» zusammenführen. Diese Idee, kam auf, weil in der Sommersession 1995, als der Nationalrat das Fachhochschulgesetz verabschiedet hatte, Gerüchte laut wurden, dass es in der Schweiz nur sieben Fachhochschulen geben soll, während in der Botschaft zum Fachhochschulgesetz von zehn Fachhochschulzentren die Rede gewesen war.[3] «Da konnte man sich ausrechnen, dass auch in der Nordwestschweiz [nur] eine sein würde.» Seine wichtigste Erinnerung drehte sich darum, dass diese Idee «mit Umwegen gelungen» sei.

Rosemarie Leuenberger erinnerte sich zunächst an die Zusammenarbeit im Hochschulrat der HPSA-BB, da sie es erstaunlich fand, wie gut diese «kunterbunte Gesellschaft» zusammengearbeitet habe. Bei den Vorarbeiten zur FHNW kam ihr die bereits erwähnt Strategietagung in Engelberg in Erinnerung: «Das war super!»

Für ihren Kollegen aus dem Kanton Solothurn standen hingegen seine Tätigkeit als Fachhochschulratspräsident der PH-SO im Vordergrund: «Die Hauptaufgabe bestand in der Überführung des Semi [Lehrerseminar] in die tertiäre Stufe mit Forschung [und] Entwicklung […].»

Drei starke Fachhochschulen

Im Kanton Aargau und in den beiden Basel wurden aus den Höheren Fachschulen 1997 die FHA und die FHBB gegründet,[4] während die FHSO ein Jahr später entstand.[5] Gianfranco Balestra und Peter Kofmel standen bereits den strategischen Leitungsgremien der Vorgängerinstitutionen der FHBB und der FHSO vor.[6] Auch die Fachhochschulräte sahen zunächst ihre Aufgabe in der Überführung ihrer Höheren Fachschulen in eine Fachhochschule. Sie arbeiteten u. a. daran, ihre Studiengänge dem Fachhochschulniveau anzupassen, die Forschung und Dienstleistungen aufzubauen, Weiterbildung zu entwickeln und das Bologna-System ganz neu einzuführen.[7]

In dieser Zeit mussten noch Sinn und Zweck der Fachhochschule erklärt werden. Da das Technikum beider Basel in der Region und darüber hinaus einen guten Namen hatte, stand Gianfranco Balestra im Landrat des Kantons Basel-Landschaft zwei Stunden – geplant war eine halbe Stunde – Rede und Antwort zum Thema FHBB. Für die beiden Trägerkantone der FHBB machte zu diesem Zeitpunkt die Zusammenarbeit mit Aargau und Solothurn noch «gar keinen Sinn».

Weil diese Haltung den Kantonen Aargau und Solothurn bekannt war und «natürlich die Zusammenarbeit mit Solothurn das Einfachste» war, so Rainer Huber, begannen die beiden Kantone, über die Schaffung einer gemeinsamen Fachhochschule nachzudenken. Peter Kofmel erarbeitete zusammen mit

FHNW Campus Olten. Foto: Pati Grabowicz

Stephan Bieri ein Konzept, in dem sie auch das Bally-Areal[9] in Schönenwerd als möglichen Standort ihrer gemeinsamen Fachhochschule ins Auge fassten.

Beginn der Zusammenarbeit

Vor dem Hintergrund der Bundesvorgaben beschlossen die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, bereits vor den Gründungen ihrer drei Fachhochschulen im Fachhochschulbereich zusammenzuarbeiten.[10] Dieser «Zwang» zur Kooperation löste bei den drei Fachhochschulen einen Wettbewerb aus, bei dem es um das eigenen «Prestige» ging und bei dem alle drei «Vollgas» gaben. Parallel dazu wurde, wie bereits erwähnt, das «Drei-Ebenen-Modell» erarbeitet, welches 1998 die Basis für die bis 2003 befristete Genehmigung zur Führung der Fachhochschulen in der Nordwestschweiz bildete. Diese Genehmigung hielt die drei Fachhochschulen noch stärker zur Zusammenarbeit an, denn bis Ende 2000 sollten ihre Studiengänge und Schwerpunkte koordiniert sein.[11]

In seinem Bericht zum ersten Geschäftsjahr des Kooperationsrats konnte der damalige Präsident Gianfranco Balestra schon Erfolge vermelden: Die drei Fachhochschulen arbeiteten nach einem einheitlichen Qualitätmanagementmodell und «einem gemeinsamen Vorgehensplan eng zusammen». Auf der Basis eines Reports konnte das Thema «Credit System» abgehakt werden und mit dem Innovationsfonds konnten sechs hochschulübergreifende Projekte finanziert werden. Doch am Schluss seines Berichts fügte Gianfranco Balestra auch skeptische Bemerkungen an. So habe der Kooperationsrat «nur wenige Akzente […] setzen» können und die drei Fachhochschulen seien mit «Organisations- und Rekrutierungsarbeiten» sowie mit den «eigenen Strategiearbeiten» voll ausgelastet gewesen.[12]

Positiv, aber nicht zweckdienlich

Nicht überraschend wurde daher bald deutlich, dass die Zusammenarbeit der drei Fachhochschulen «zwar gut, […] aber […] nicht zielführend» gewesen sei, erinnert sich Peter Kofmel. Ab April 2001, als Rainer Huber neu im Kooperationsrat war, kam bald die Rede von einer Fusion auf. Er blieb Peter Kofmel als derjenige in Erinnerung, «der am meisten Gas gegeben hat». Auch der Einbezug der Pädagogik und der Sozialen Arbeit wurde schnell ein Thema. An einer gemeinsamen Sitzung des Kooperationsrats mit der Bildungsdirektorin und den



Bildungsdirektoren am 22. November 2001 schlug Gianfranco Balestra unterstützt durch Rainer Huber und Peter Schmid vor, diese beiden Fachbereiche beim «Strategieumfang» mitzudenken.[13] Daher nahm, wie bereits erwähnt, auch Rosemarie Leuenberger an der legendären Engelberger Klausur teil. An dieser Klausurtagung wurden Fragen zum Prozess diskutiert, die Rahmenbedingen der FHNW analysiert und Lösungsansätze entwickelt.[14] Vorher nahmen die Mitglieder des Kooperationsrats bereits an mehreren Klausuren in Wislikofen teil, wo sie «angefangen [hatten] zu fantasieren, wie das gehen könnte».

Nach Engelberg wurden dann Mitarbeitende mit ganz verschiedenen Funktionsstufen, nicht nur Kader, zu vier grossen Seminaren eingeladen, die in Hertenstein und Emmetten stattfanden. Gianfranco Balestra fiel im Gespräch ein, dass er in Emmeten «referierte, was Strategiefindung ist», und dass er als Ziel für die FHNW die Illustration der «blauen Tanne» aufbrachte: «Unsere FHNW sollte die blaue Tanne im [grünen] Tannenwald der Fachhochschulen sein […]» An jeder dieser Veranstaltungen beteiligten sich jeweils über 60 Personen aus allen drei Fachhochschulen und allen Funktionsebenen. Sie sollten gemeinsam eine «Vision, [eine] Mission» und ein «Leitbild» für die neue vierkantonale Fachhochschule erarbeiten. Als ein weiteres Ziel wurden in Arbeitsgruppen die Grundzüge einer einheitlichen Strategie entworfen.[15] In einem weiteren Schritt führte der Kooperationsrat zusammen mit den Regierungsmitgliedern diese vier Strategien zu einer zusammen.

Der «Verteilkampf»

Dann begann der «Verteilkampf», so Peter Kofmel. An welchen Standorten sollten die einzelnen Fachbereiche domiziliert sein? Sollte jeder Fachbereich nur an einem Standort angeboten werden oder mussten in allen Kantonen alle Fachbereiche zu finden sein?

Es gab Fachbereiche, bei denen war die Antwort von Anfang an klar: Da der Studiengang Geomatik an der FHBB in der Deutschschweiz «exklusiv» war, sollte dieser zusammen mit Architektur und Bau in Muttenz bleiben. Der Fachbereich Life Sciences, so Peter Kofmel, sei "erfunden" worden um den beiden Basel entgegenzukommen, und erhielt seinen Standort daher in Muttenz.[16] Auch für die Angewandte Psychologie war der Standort unbestritten. Dieser Fachbereich ging 2006 aus dem zwei Jahre zuvor an der FHSO Olten gestarteten Studiengang hervor und blieb somit auch an diesem Standort.[17] Der Fachbereich Wirtschaft schlug dem Kooperationsrat selbst «eine zentrale Leitung, aber dezentrale Standorte» vor. Man befürchtete, dass Studierende aus Basel, wenn sie für ihr Wirtschaftsstudium nach Olten fahren müssten, sich gerade so gut für ein Studium in Zürich oder Bern entscheiden könnten. Dass der Standort der Leitung des Fachbereichs Wirtschaft in Olten angesiedelt wurde, handelten die vier Bildungsdirektorinnen und -direktoren aus, wobei es neben dem Ansehen der Professoren des Departements Wirtschaft an der FHSO auch darum ging, dem Kanton Solothurn entgegenzukommen. Ein weiterer Standort der Wirtschaft sollte in Basel-Stadt sein und der Studiengang Betriebsökonomie zudem auch in Brugg-Windisch angeboten werden.[18]

Bei einem anderen Fachbereich signalisierte ein Kanton von Anfang an dezidiert, diesen vor Ort behalten zu wollen. Rainer Huber verlangte vor dem Hintergrund seines Einsatzes für Brugg-Windisch und der dort zugunsten der Technik geleisteten Investitionen des Kantons Aargau, dass die Technik dort ihren FHNW-Standort bekommen sollte.[19] Dies war zumindest innerhalb der anderen Institutionen nicht ganz unbestritten. Ein Umzug der erfolgreichen und angesehenen Technik aus Muttenz nach Brugg sorgte nicht zuletzt bei den Dozierenden der FHBB für Widerstand und Ablehnung. Doch der Kanton Basel-Landschaft stimmte zu, daher blieb nur der Studiengang Mechatronik des Fachbereichs Technik im Baselbiet.[20] Im Gegenzug, so Rainer Huber, gab der Aargau Gestaltung und Kunst nach Basel-Stadt ab.

Bei den Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten war der Einbezug der Sozialen Arbeit zunächst teilweise fraglich. Soll man «so unterschiedliche Bereiche wie […] Technik und Soziale Arbeit» zusammenführen?, so fragten sich gemäss Rosemarie Leuenberger an der HPSA-BB einige. Für Peter Kofmel stellte sich diese Frage bereits, als die Soziale Arbeit an der FHSO angeboten werden sollte. Nachdem er sich mit den Inhalten dieser Ausbildung vertraut gemacht hatte, konnte er ihr uneingeschränkt zustimmen. Was den Standort betraf, wurde, ähnlich wie bei der Wirtschaft die Leitung des Fachbereichs in Olten angesiedelt und ein weiterer Standort in Basel festgelegt, während der Aargau ganz auf einen Standort der Sozialen Arbeit verzichtete.

Die Entscheidung zu diesem Verzicht fiel jedoch nicht ohne intensive Überzeugungsarbeit vonseiten des Fachbereichs Soziale Arbeit: Eine der Entscheidungsgrundlagen war ein Portfolio, welches von der Gesamtprojektleitung erstellt worden war. Im Laufe des Verhandlungsprozesses entschieden die vier Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren, entgegen diesem vorgeschlagenen Portfolio, folgende Aufteilung des Fachbereichs Soziale Arbeit: «Sozialpädagogik in Brugg und Basel, Sozialarbeit und allgemeine Soziale Arbeit in Olten.»[21] Diese Entscheidung konnte die damalige Direktorin des Departements Soziale Arbeit der FHA, Luzia Truniger, die auch ein Mitglied der Gesamtprojektleitung FHNW war, nicht hinnehmen, denn es «hätte eine deutliche Verschlechterung des Status quo und einen fachlichen Rückschlag» bedeutet. Es brauchte daher «an einem Samstagmorgen um sechs Uhr […] am Bahnhof in Olten» noch die dringliche ausserordentliche – für die Beteiligten ebenfalls unvergessliche – Sitzung, bei der Luzia Truniger den ursprünglichen Vorschlag des Portfolios erläuterte und die Anwesenden überzeugte, diesem zuzustimmen. Daher wird Sozialarbeit und Sozialpädagogik in der FHNW nicht aufgeteilt, sondern an zwei Standorten angeboten und die Soziale Arbeit wurde von Brugg nach Olten verlegt.[22]

Musik und Pädagogik waren, wie schon oben erläutert, in erster Linie im Hinblick auf die generelle Aufnahme in die FHNW umstrittene Verhandlungsgegenstände. Beim Thema Pädagogik wurde, wie berichtet, dieser Diskussionspunkt erst kurz vor der Eröffnung der Vernehmlassung definitiv beigelegt. Nachdem für den Fachbereich Musik entschieden war, dass er erst 2008 integriert werden sollte, gab es keinen Diskussionsbedarf mehr: Der Standort in Basel blieb unangefochten. Über den Standort bzw. die Standorte der Pädagogik gab es hingegen viel zu debattieren. Die Kantone Aargau und Solothurn bestanden auf einem Standort der Pädagogik, so Peter Schmid, «weil sie […] an ihrer Lehrerbildung hingen». Zudem wollte der Kanton Solothurn unbedingt den Standort in Solothurn selbst behalten, ungeachtet dessen, dass dieser, verglichen mit den anderen Standorten der FHNW, verkehrstechnisch nicht gut angeschlossen war.

So kam es, dass beim Start der FHNW in jedem der vier Trägerkantone PH-Standorte zu finden waren. Da jedoch bereits entschieden war, dass die PH-Standorte in Basel-Stadt nach der Fertigstellung des Campus Muttenz dorthin umziehen würden, wurde in den Parlamentsunterlagen nur der Kanton Basel-Landschaft als PH-Standort nördlich des Juras angegeben.[23]

Widerstand aus den eigenen Reihen

Im Zeitzeugengespräch mussten die Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten auch die Frage beantworten, ob sie im Rahmen ihrer Aufgabe mit Opposition zu kämpfen hatten bzw. ob Widerstand aufkam. Die Antworten fielen ganz unterschiedlich aus. An der FHA «konnten […] alle irgendwie» überzeugt werden. In Solothurn schienen weder an der FHSO noch an der PHSO dezidierte Fusionsgegner und -gegnerinnen im Fachhochschulrat ein Thema gewesen zu sein. Doch sowohl für Peter Kofmel als auch für Markus Reichmann war klar, dass eine Fusion ein schwieriger Prozess ist. «Transformationsprozesse», so Markus Reichmann, «sind anspruchsvoll und herausfordernd für die Betroffenen.» Er selber sah darin jedoch einen «Bestandteil der Evolution dieser Systeme». Peter Kofmel war sich bewusst, dass es «für die Dozierenden, die wegwollten, […] natürlich auch langsam einen Markt» gegeben habe, obwohl auch die übrigen Fachhochschulen in der Schweiz sich in Auf- und Umbauprozessen befanden.

In den beiden Basel war die Situation betreffend Widerstand etwas anders. Wie bereits im Hinblick auf die innerkantonalen Hürden berichtet, war der Widerstand aus den eigenen Reihen für die beiden zuständigen Regierungsräte, Christoph Eymann und Peter Schmid, ein schwieriges Thema. Aber auch der Fachhochschulrat der FHBB musste sich damit befassen. Gianfranco Balestra sagte, dass es eine «starke Opposition» gegeben habe und dass er sich «insbesondere an drei Fälle in Leitungsfunktionen» erinnere. Eine Person, die er gar entlassen musste, polemisierte im Nachhinein «noch politisch gegen die FHNW». Bei den Dozierenden hielt sich der Widerstand einige Zeit, weil es vielen «schon ein bisschen Bauchweh» verursacht habe, dass ihre FHBB nun in einem «Schmelztiegel» versinken sollte.

Hinzu kam, dass auch harte Entscheide getroffen werden mussten. Weil der «Studiengang Maschinenbau in Muttenz […] schlicht und einfach nicht mehr ausreichend nachgefragt» war, beschloss der Fachhochschulrat, diesen aufzugeben. Damit waren die «Maschinenbauer» natürlich nicht einverstanden.

Auch in der HPSA-BB gab es Fusionsgegner und -gegnerinnen. Zwar verlangte nie jemand aus den Reihen der Dozierenden deswegen im Hochschulrat angehört zu werden, aber «unterschwellig» war das Thema präsent. Bei der HPSA-BB kam erschwerend hinzu, dass der erst gerade aufgebaute

Zusammenschluss der Pädagogik und der Sozialen Arbeit schon wieder aufgehoben werden würde. Ausserdem hatte die Soziale Arbeit in Basel mit der Gründung der Höheren Fachschulen und deren Umwandlung in Fachhochschulen bereits mehrere Umgestaltungsphasen hinter sich.[24]

Wie sehr eine Fusion mit Belastung und Unsicherheiten für die Mitarbeitenden der beteiligten Institutionen jeweils verbunden ist, muss auch den verantwortlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern deutlich vor Augen gestanden haben. Jedenfalls versuchten sie, dem entgegenzuwirken, indem nicht von einer Fusion, sondern von einer «Zusammenführung»[25] gesprochen und geschrieben werden sollte.

Der «‹Proto-Fachhochschulrat›»[26] und die Gesamtprojektleitung

Widerstand hat es also durchaus gegeben, «nach und nach ist die Kooperationsidee» dennoch gewachsen. «Und als ich den Koordinationsrat verlassen habe», so Gianfranco Balestra, «war die Zeit reif für den vierkantonalen Staatsvertrag.» Der Weggang von Gianfranco Balestra im Herbst 2003 fand kurz nach dem Wechsel an der Spitze der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion im Kanton Basel-Landschaft statt. Urs Wüthrich übernahm nach dem Rücktritt von Peter Schmid dieses Amt am 1. Juli 2003. Gianfranco Balestra schlug bereits vor diesem Termin dem Baselbieter Regierungsrat vor, dass Peter Schmid das Amt des FHBB-Fachhochschulratspräsidenten übernehmen könnte. Da insbesondere Urs Wüthrich mit diesem Vorschlag einverstanden war, wurde Peter Schmid gewählt. Turnusgemäss übernahm er ab 2004 als Fachhochschulratspräsident der FHBB den Vorsitz im Kooperationsrat.[27]

Bereits vor Beginn der Vernehmlassung beschlossen die vier Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn Anfang März 2004, dass im Hinblick auf die nötigen Vorarbeiten für eine Fusion eine Projektorganisation ernannt werden sollte, «deren Struktur derjenigen der künftigen Institution» entsprechen sollte.[28] Diese Organisation bestand aus einer Projektsteuerung, einem provisorischen Fachhochschulrat, welcher aus der Bildungsdirektorin und den drei Bildungsdirektoren sowie «je zwei Personen pro Kanton (vorzugsweise der bestehenden FH-Räte)» bestand, und einer operativen Gesamtprojektleitung. Als Präsident und Vizepräsident der Projektsteuerung wurden Peter Schmid und Peter Kofmel gewählt.[29]

Für Peter Schmid war dies «ein wichtiger Durchbruch», denn damit wurde, «unabhängig von seiner Person, jemand mit der Projektsteuerung [beauftragt], der das Ganze gezielt, hauptamtlich strategisch leiten» konnte. Das neu eingesetzte Gremium nahm auftragsgemäss seine Arbeit sogleich auf, denn es sollte das Auswahlverfahren für die operative Gesamtprojektleitung durchführen. Diese neue Funktion sollte intern auf der Basis «eines Assessments» aus dem Kreis der bisherigen Fachhochschuldirektionen vergeben werden.[30] Die Wahl fiel im Herbst 2004 auf Richard Bührer. Er übernahm ebenfalls umgehend seine neuen Aufgaben und teilte dem Kooperationsratspräsidenten mit, wie die Leitung der FHBB umgestaltet werden sollte, damit er sich ganz der Gesamtprojektleitung widmen konnte.[31]

Während auf der einen Seite die Projektorganisation unter dem Vorbehalt der Zustimmung in der Vernehmlassung und aschliessend durch die vier Kantonsparlamente alles für die Gründung der FHNW vorbereitet wurde, erarbeiteten auf der anderen Seite die zuständigen Hochschulverantwortlichen in den kantonalen Verwaltungen mit Hochdruck den Staatsvertrag.

Wichtige Rahmenbedingungen

Mit dem Staatsvertrag wurden die Rahmenbedingungen für den Betrieb der FHNW festgelegt. Die Federführung bei der Ausarbeitung dieses Gesetzestextes lag bei den kantonalen Verwaltungen, doch sie arbeiteten nicht im luftleeren Raum. Im Kooperationsrat, in dem die vier Hochschulverantwortlichen der künftigen FHNW-Trägerkantone ebenfalls Einsitz hatten, wurden die Paragrafen des Staatsvertrags regelmässig thematisiert.[32] Namentlich an zwei Punkte dieser Rahmenbedingen erinnerten sich die Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten besonders. Es handelt sich dabei um die Vertretung der Politik im Fachhochschulrat der FHNW und um die vierkantonale Lösung für die parlamentarische Oberaufsicht über die FHNW.

Die Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten stellten die Verbindung zwischen der Politik und den Fachhochschulen sicher. Dies geschah teilweise durch den Einsitz eines Regierungsmitglieds im Fachhochschulrat wie in der FHBB oder der HPSA-BB. In der FHA hatte, wie bereits berichtet, Rainer Huber gar das Präsidium inne.

In Solothurn war dies anders. Bei Bedarf rief Peter Kofmel bei Ruth Gisi an und wenn sie Zeit hatte, konnte er schnell – «Ich brauchte zehn Minuten, um aus meinem Büro ins Rathaus zu kommen» – bei ihr vorbeigehen und die anstehende Frage diskutieren. Zudem wollten die Mitglieder niemanden von der Regierung im Fachhochschulrat haben. Dieses Gremium sollte «entpolitisiert» sein und bleiben. Als bereits der Kooperationsrat tätig war, wollte Ruth Gisi jedoch Einsitz «in den Solothurner Fachhochschulrat [nehmen] mit der Begründung, in Basel und im Aargau seien Regierungsräte im Fachhochschulrat vertreten. Das wollten wir nicht, denn wir hatten noch den Zusammenbruch der Kantonalbank präsent.» [33] Im Weiteren, so Peter Kofmel, erhalte ein Fachhochschulrat einen Auftrag «von der Politik und derjenige, der den Auftrag erteilt hat, sollte ihn nicht durchführen». Bei der Zusammensetzung des Fachhochschulrats der FHNW spielte jedoch sicherlich nicht nur diese Haltung der Mitglieder des Fachhochschulrats der FHSO eine Rolle.

Ein oberstes, strategisches Führungsgremium sollte gemäss Public-Corporate-Governance-Vorgaben idealerweise aus höchstens sieben Personen bestehen.[34] Somit würde in einer Fachhochschule mit acht Fachbereichen und vier kantonalen Vertretungen im Fachhochschulrat schwerlich Raum für Personen mit den nötigen fachlichen Kompetenzen zu den einzelnen Bereichen übrig bleiben. Daher wurde für die FHNW eine andere Lösung gesucht und gefunden.

Als Verbindungsglied zwischen den Regierungen und der neuen Fachhochschule sah der Staatsvertrag einen ständigen Regierungsausschusse vor, in den «die Regierungen jeweils ihre für den Hochschulbereich zuständigen Mitglieder […] delegieren» sollten.[35] Dieses Gremium ist nach wie vor für die Vorbereitung der FHNW-Geschäfte zuhanden der vier Kantonsregierungen zuständig.[36] Für Peter Kofmel, der bis 2017 ein Mitglied im FHNW-Fachhochschulrat war, stellte der regelmässige Austausch des Fachhochschulrats und des Direktionspräsidiums «immer eine gute Sache» dar, um sicherzustellen, dass die «vier Bildungsminister» immer auf dem Laufenden sind.

Auch für die parlamentarische Oberaufsicht musste ein gangbarer Weg gefunden werden. Zu diesem Punkt erklärte Gianfranco Balestra: Die «Sache […] mit der Konstruktion [der] interparlamentarischen Kontrollen» erschien ihm «enorm kompliziert» und «den Föderalismus auf die Spitze» zu treiben. Wie wurde diese Kontrolle gestaltet? Die Staatsvertragsversion der Vernehmlassungsunterlagen sah gegenüber der vorherigen Situation eine «stärkere Mitbestimmung der Parlamente» vor, jedoch noch keine vierkantonale Kommission für die FHNW. Insbesondere Parteien aus dem Kanton Aargau verlangten aber genau dies.[37] Aufgrund dieser Forderung «sieht der Staatsvertrag in § 16 vor, dass die vier Parlamente eine gemeinsame Sachkommission bilden». Die üblichen kantonsinternen Beratungen der Parlamente sollten von dieser interparlamentarische Kommission nicht gestört werden. Daher hielt ein Absatz fest, «dass die interparlamentarischen Kommission den zuständigen kantonalen Sachkommissionen – und nicht etwa den Parlamenten direkt – berichtet».[38] Vielleicht war diese interparlamentarische Lösung komplex, aber Gianfranco Balestra, der die Entwicklung der FHNW natürlich verfolgte, meinte: «Aber wenn Sie damit leben können, bitte schön, [und] das funktioniert.» [39]

1 Christine Egerszegi-Obrist war von 1997 bis 2006 Mitglied des Fachhochschulrats FHA und anschliessend Mitglied des Fachhochschulrats FHNW bis Ende 2017, in: René Bortolani, 2006, S. 198; Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn: Wahl des Fachhochschulrats und der Beschwerdekommission der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW. Medienmitteilung vom 8.12.2017, ag.ch, 8.12.2017, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=wahl-des-fachhochschulrats-und-der-beschwerdekommission-der-fachhochschule-nordwestschweiz-fhnw-12c0b4ee-b981-4f0a-b8dc-e3dbee5cf721_de>, Stand: 9.8.2025.

2 Johannes Randegger war von 1997 bis 2006 Mitglied des Fachhochschulrats FHBB. Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt: Die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben die Mitglieder des Fachhochschulrates gewählt. Medienmitteilung vom 18.5.1997, bs.ch, 18.3.1997, <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/1997-die-regierungen-von-basel-landschaft-und-basel-stadt-haben-die-mitglieder-des-fachhochschulrates-gewaehlt>, Stand: 9.8.2025.

3 Wie Anm. 4, Kapitel 1, S. 847. Wie bereits erwähnt, reduzierte der Bund die Anzahl der Fachhochschulen 1998 auf sieben. Vgl. Anm. 7, Kapitel 1.

4 René Bortolani, 2006, S. 195.

5 Wie Anm. 7, Kapitel 1.

6 Peter Kofmel war Präsident der HWV, Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule Olten, und Vizepräsident der HTL, Ingenieurschule HTL in Oensingen SO: Peter Kofmel, Timecode: 08:32 → 09:59. Gianfranco Balestra war Technikumsratspräsident beider Basel: Gianfranco Balestra, Timecode: 04:20 → 05:07.

7 Die Schaffung eines Europäischen Hochschulraums wurde zwar erst mit der Bologna-Deklaration gestartet, doch bereits im ersten Bericht des Kooperationsratspräsidenten war die Rede vom «Credit-System». Erster Bericht des Kooperationsratspräsidenten vom 4.5.1999, S. 1–3., in: StASO 720-0/03 Kor FHNW, Korrespondenz 1996–2000. Teil III, 1999–2000. Zum Bologna-Prozess: Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation: Bologna-Prozess. Geschichte des Bologna-Prozesses in Europa, <sbfi.admin.ch, https://www.sbfi.admin.ch/de/bologna-prozess>, Stand: 7.8.2025.

8 Stephan Bieri war von 1997 bis 2003 Mitglied des Fachhochschulrats der FHA. 2003 wurde er vom Bundesrat zum Präsidenten der Eidgenössischen Fachhochschulkommission gewählt. Regierungsrat des Kantons Aargau: Stephan Bieri tritt aus dem Fachhochschulrat zurück, Medienmitteilung vom 24.5.2003, ag.ch; <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=stephan-bieri-tritt-aus-dem-fachhochschulrat-zurueck-c364e3f5-2f13-4678-aad6-f5a6900b484e_de>, Stand: 7.8.2025.

9 Das Bally-Areal ist das ehemalige Industrieensemble der Schuhfabrik Bally in Schönenwerd SO: Bundesverwaltung: Kantonsliste A- und B-Objekte des Kantons Solothurn, S. 1–12, hier S. 9, admin.ch, <backend.babs.admin.ch, https://backend.babs.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-babsch-files/files/2024/02/28/2142ae82-3fbb-42b0-b7c2-88736e0c1779.pdf>, Stand: 7.8.2025.

10 Wie Anm. 10, Kapitel 1.

11 Wie Anmerkung 12, Kapitel 1.

12 Wie Anm. 17, Kapitel 3, S. 2 und 3.

13 StABL, Protokoll der Kooperationsratsitzung vom 22.11.2001, S. 1–6, hier S. 3, in: VR 3501 B 23.10.00-020 2000–2001.

14 Strategieentwicklungsprozess der Fachhochschulen Nordwestschweiz-Konzept über die Prozessgestaltung, S. 1–8, in: StABL, VR 3501 B 23.1.00-020 2000–2003/Jan.–April.

15 Protokoll der Sitzung des Kooperationsrats vom 7.6.2002, in: StAAG, ZwA 2013.0033/4 Fusion Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW–Kooperationsrat FHNW.

16 Wie Anm. 38, Kapitel 3.

17 FHNW Hochschule für Angewandte Psychologie: Zum Tod von Eberhard Ulich, 22.4.2025, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/hochschulen/psychologie/medien/news/tod-eberhard-ulich>, Stand: 11.8.2025.

18 Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Leistungsauftrag an die Fachhochschule, FHNW, Landratsvorlage Nr. 2005-177 vom 21.6.2005, Beilage 2: Leistungsauftrag der FHNW für die Jahre 2006–2008, S. 11, baselland.ch <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftslis-te/2005-mai-juni-122-bis-192/2005-177/downloads-1/2005-177_beilage2.pdf/@@download/file/2005-177_beilage2.pdf>, Stand: 11.8.2025.

19 Wie Anm. 38, Kapitel 3.

20 Wie Anm. 44, Kapiel 3, S. 12.

21 FHNW Hochschule für Soziale Arbeit: Zur Geschichte der Sozialen Arbeit. Gespräch mit Prof. Dr. Luzia Truniger, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte/interviews/interview-luzia-truniger/>, Stand: 11.8.2025.

22 Wie Anm. 53, Kapitel 3.

23 Wie Anm. 44, Kapitel 3.

24 FHNW Hochschule für Soziale Arbeit: Zur Geschichte der Sozialen Arbeit. Entwicklungen der Sozialen Arbeit mit Fokus auf die Ausbildungen in der Nordwestschweiz seit 1914, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte/>, Stand: 12.8.2025.

25 Bereits in den Sitzungsunterlagen der Klausurtagung des Kooperationsrats vom 14. bis 16. März in Wislikofen war die Rede von «zusammenführen»: Wie Anm. 32, Kapitel 3.

26 RRB SO: Fachhochschule Nordwestschweiz: Verhandlungsstand; Einsetzung einer Projektorganisation: Wahl der Solothurner Vertretung, in: StASO, RRB Nr. 2004/523 vom 9.5.2004. S. 2.

27 In der ersten Sitzung des Kooperationsrats am 13. März 1998 wurde im Rahmen der Konstituierung festgelegt, dass das Präsidium alle zwei Jahre wechseln sollte. Wie Anm. 14, Kapitel 1.

28 Wie Anm. 70, Kapitel 3.

29 Ebd., S. 3.

30 Wie Anm. 70, Kapitel 3, S. 3.

31 Protokoll der Sitzung des Kooperationsrats 10/04 vom 28.10.2004, Traktandum. 3: Antrag Mutation FHNW/SLK vom 20.10.2004, in: StABL, VR 3501 B 23.16.18-003.

32 Protokoll der Sitzung des Kooperationsrats 3/04 vom 25.3.2004, S. 1–6, hier S. 4, in: StABL VR 3501 B 23.16.18-003.

33 Aufgrund der Überschuldung der Kantonalbank, über welche die Bevölkerung in Solothurn im Januar 1994 informiert wurde, entschieden die Solothurner Stimmberechtigten klar zugunsten des Verkaufs «ihrer Kantonalbank (SKB) an den damaligen Schweizerischen Bankverein (SBV)». Urs Mathys: 25 Jahre nach dem Crash: Das «Lehrstück» Kantonalbank hallt bis heute nach, in: Solothurner Zeitung vom 31.12.2019. <https://www.solothurnerzeitung.ch/solothurn/kanton-solothurn/25-jahre-nach-dem-crash-das-lehrstuck-kantonalbank-hallt-bis-heute-nach-ld.1403606>, Stand: 16.8.2025.

34 Regierungsrat des Kantons Aargau: Richtlinien zur Public Corporate Governance vom 18. September 2013 (PCG-Richtlinien), Ziff. 23, ag.ch, <https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/dfr/dokumente/finanzen/beteiligungen/public-corporate-governance/20170906-pcg-richtlinien.pdf>, Stand: 16.8.2025; Gesetze des Kantons Basel-Landschaft: Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG, SR 314), § 5 Bst. I, baselland.ch, <https://bl.clex.ch/app/de/texts_of_law/314>, Stand: 16.8.2025.

35 Wie Anm. 26, Kapitel 1, Detailerläuterungen zum Staatsvertrag, Beilage 3, Stand: 12.3.2025.

36 Gesetze des Kantons Aargau: Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW, SAR 426.070), gesetzessammlungen.ag.ch, <https://gesetzessammlungen.ag.ch/app/de/texts_of_law/426.070>, Stand: 16.5.2025.

37 Beide Zitate: Wie Anm. 26, Kapitel 1: Auswertung der vernehmlassung, S. 4.

38 Ebd., Detailerläuterungen zum Staatsvertrag, S. 10.

39 Wie Anm. 90, Kapitel 3.



Die vier Trägerkantone einigten sich auf Windisch als Sitz der FHNW. Foto: Pati Grabowicz

Aus dem Blickwinkel der Direktionen

Auch die Gespräche mit den Direktorinnen und Direktoren starteten mit der Frage nach den ersten oder den wichtigsten Gedanken über die Zeit vor der Gründung der FHNW.

Peter Abplanalp, der von 1995 bis 2005 Direktor der FHSO war, kamen ähnlich wie Peter Schmid und Gianfranco Balestra die Diskussionen in Bern in den Sinn. Dort herrschte «lange eine Konfusion, […] sollten es nun sieben oder acht oder neun [Fachhochschulen] werden». Ausserdem war und blieb er Fusionen gegenüber «eher skeptisch». «Ich bin ein überzeugter Vertreter von kleinen, agilen Organisationen», stellte er gleich zu Beginn des Gesprächs fest.

Peter F. Amacher, Direktor der FHA von 2002 bis 2005, fragte sich zunächst, ob er als «Quereinsteiger» aus der Industrie, «in der Fachhochschulumgebung [würde] bestehen können». Den Entschluss, diese Aufgabe zu übernehmen, hat er «nie bereut», sondern er meinte: «Es war eine herausfordernde und spannende Zeit.» Als «Schlüsselerlebnis» bezeichnete er zudem die Klausur im Mai 2002 in Engelberg, an der er als designierter FHA-Direktor ebenfalls teilnahm.[1]

Bereits ab 1999 nahm Richard Bührer, bis Ende Jahr noch als Vizedirektor der FHBB, an den Sitzungen des Kooperationsrats teil. Er leitete die FHBB bis Ende 2005 und war ab 2006 der erste Direktionspräsident der FHNW. Er dachte damals zuerst: «Es wäre ja wirklich ausgezeichnet, wenn diese Fachhochschule ernsthaft realisiert werden könnte.» Dann kamen gleich Bedenken auf: Würde «man es wirklich schaffen […], drei verschiedene Fachhochschulen zusammenzubringen?» Als einer der wenigen Gesprächspartner war es in seinen Augen, «von Anfang an zweckmässig, auf eine Fusion in der Nordwestschweiz hinzuarbeiten». Schliesslich sah er aufgrund seiner bisherigen Karriereschritte darin auch «eine Chance, in einer Führungsposition zu arbeiten».

Martin Straumann, der von 2000 bis 2005 Direktor der PHSO war, beschäftigte sich in den Jahren vor der Gründung der FHNW ausschliesslich mit dem Aufbau der PHSO. Seine wichtigste Erinnerung war daher das Konzept für die PHSO, in dem «Leistungsauftrag, Ausbildung, Weiterbildung, Forschung bzw. Entwicklung […] definiert wurden».

Ganz anders erlebte Eva Tov diese Zeit. Sie war Co-Direktorin der HPSA-BB und Leiterin des Departements Soziale Arbeit. Sie arbeitete ab 1995 zunächst in der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit Basel und erlebte die diversen, bereits in Kapitel 3 erwähnten Fusionen und Zusammenführungen innerhalb der Sozialen Arbeit. Schlagworte wie «permante Veränderung» und «Wahnsinnskraftakt» kamen ihr als Erstes in den Sinn. Nach dem gerade erst erfolgten Aufbau der HPSA-BB empfand sie bei der Fusion zur FHNW die «wirklich […] spezielle Rolle, die die Soziale Arbeit [Basel] dabei hatte», als «das Schwierigste». Wie kam es zu dieser besonderen Situation? In den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurden zwischen 2001 und 2004 die Soziale Arbeit und die Pädagogik in einer Hochschule, der HPSA-BB, vereint und nur zwei Jahre später in die FHNW integriert.[2] Für Eva Tov bedeutete dies, dass in sehr kurzer Zeit «zwei Riesenorganisationen» in eine zusammengeführt werden sollten, «bei der klar war – fast zu 100 Prozent –, dass das nur ein Zwischenstadium ist». Die grösste Herausforderung bestand dann verständlicherweise darin, die HPSA-BB wieder auseinanderzudividieren.

Zuerst jede für sich

Wie die Fachhochschulratspräsidentinnen und -präsidenten wiesen in den Gesprächen auch die Direktoren und Direktorinnen darauf hin, dass sie in ihren erst kürzlich gegründeten Fachhochschulen noch immer mit dem Aufbau der eigenen Fachhochschule beschäftigt waren, als der Kooperationsrat 1998 seine Arbeit aufnahm. Zu diesen Aufbauarbeiten gehörte auch, wie bei der HPSA-BB etwas später, verschiedene Fachbereiche unter einem Dach zu vereinen.

Peter F. Amachers «erster Auftrag war die Konsolidierung der […] Fachhochschulen im Kanton Aargau». Dies bedeutete, dass die FHA Technik, Wirtschaft und Gestaltung mit der FHA Gesundheit und Soziale Arbeit zusammengeschlossen wurden und anschliessend kam noch die Pädagogik dazu. Unterstützt wurde Peter F. Amacher bei diesen Aufgaben von Willy Schlachter, seinem Stellvertreter, der bereits seit 1997 für die Technik in der FHA zuständig war und für ihn später auch bei Bedarf im Kooperationsrat mitwirkte.

Die FHBB sollte gemäss einem Auftrag der beiden Kantonsparlamente aus dem Jahr 1999 um den Fachbereich Gestaltung

erweitert werden. Die «Integration [der] Gestaltung und Kunst in die FHBB» wurde als Ziel in den Leistungsauftag aufgenommen. 2001 konnte es als erfüllt im Jahresbericht vermerkt werden.

Im Kanton Solothurn wurde in einer «Vorfusion», wie Peter Abplanalp es nannte, die Wirtschaft mit den Fachbereichen «Technik und Soziale Arbeit […] zusammengeführt». Die Soziale Arbeit zog von Solothurn und die Technik von Oensingen nach Olten, wo der Fachbereich Wirtschaft, welcher aus der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule hervorgegangen war, bereits seinen Standort hatte. Peter Abplanalp und Joseph Stalder, der damalige «Leiter der Schule für Sozialarbeit» im Kanton Solothurn, hatten «beide teilweise einen soziologischen Hintergrund», den insbesondere Peter Abplanalp als Vertreter des Fachbereichs Wirtschaft einsetzte, um «eine gewisse Glaubwürdigkeit» in der Sozialen Arbeit zu erhalten. Diese Taktik war erfolgreich, denn als alle in Olten waren, konnten «sehr schöne kooperative Projekte» aufgegleist werden.

Völlig anders war die Situation an der PHSO. Hier brauchte es keine Zusammenführung. Der Fokus lag auf dem Umbau der Lehrpersonenausbildung für den Kindergarten und die Primarstufe von einem Seminar hin zu einer Hochschule. Martin Straumann erarbeitet daher mit seinen Mitarbeitenden einen Studiengang Basisstufe,[3] welcher den Kindergarten und die beiden ersten Jahre der Primarschule sowie den Studiengang Primarstufe für den Unterricht in der dritten bis sechsten Klasse abdeckte. Dabei wurden viele grundsätzliche pädagogische und didaktische Aspekte neu konzipiert und theoretisch fundierte Ansätze entwickelt. Für Martin Straumann blieben diese Arbeiten als «ein [wirklich] kreativer Prozess» in Erinnerung, «der [ihm] viel Freude gemacht hat».

An Inhalten arbeiteten auch die anderen Fachhochschulen. Parallel zu den ersten, quasi internen Fusionen trieben die FHA, die FHBB, die FHSO und ab 2002 auch die HPSA-BB mit Hochdruck die internen Weiterentwicklungen voran, die nötig waren, um die Bundesanerkennung zu erhalten.[4] Peter Abplanalp führte vor allem Aktivitäten an, die im Fachbereich Wirtschaft an die Hand genommen wurden. «Wir haben ein betriebswirtschaftliches Institut gegründet, wir haben Tagungen durchgeführt, wir haben Kurse aufgebaut, wir haben die Schweizerische Unternehmerschule aufgebaut und, und, und.»

An der FHA brauchte es nach der Zusammenführung viele wichtige Schritte: «Grundsatzentscheide zur Führungs- und Strukturorganisation» und Personalentscheide wurden gefällt, «Institute» gegründet, «Ausbildungskonzepte» erarbeitet, Studiengänge weiterentwickelt oder neu gestaltet sowie deren Bewilligung in Bern eingeholt.[5]

Ähnliche Arbeiten zur Weiterentwicklung der Ausbildung standen auch an der FHBB auf dem Programm. So wurden «die Diplomstudiengänge formell korrekt konzipiert» das heisst, auf Fachhochschulniveau und gemäss den Vorgaben der Bologna-Reform. Im Weiteren wurde «die Weiterbildung [aus-] und die anwendungsorientierte Forschung [aufgebaut sowie] das Portfolio […] entwickelt». «Neu war auch, dass systematisch Dienstleistungen für Dritte eingeführt» wurden. In allen drei Fachhochschulen waren 1998 diese «Organisations- und Restrukturierungsarbeiten» im Gang. «Hinzu kamen die eigenen Strategiearbeiten.»[6] An der FHBB wurde die «Strategieentwicklung [2001] fertiggestellt». Darüber hinaus wurden an der FHBB «Peer Reviews» durchgeführt, «und zwar mit Erfolg». Dies «war an einer Fachhochschule etwas Neues [und es] erweiterte den Horizont der Leute».

Nicht ganz freiwillig unterwegs zur Zusammenarbeit

Neben diesen vielfältigen Aufgaben in der eigenen Fachhochschule suchten und fanden die Direktoren der FHA, der FHBB und der FHSO auch Themen für die Zusammenarbeit. Wie bereits im letzten Kapitel berichtet, begannen die drei Fachhochschulen mit der Einsetzung des Kooperationsrats langsam und eher zögerlich, bei gewissen Themen zusammenzuarbeiten. Richard Bührer berichtete, dass er «damals sehr forcieren [musste], dass formale Kooperationsmassnahmen ergriffen wurden». Ein Grund für dieses Zaudern waren natürlich die im letzten Abschnitt aufgezählten aufwendigen Aufbauarbeiten in jeder der drei Fachhochschulen. Aber nicht nur, denn ganz «speziell war, dass die anderen [Fachhochschulen] ja auch die Konkurrenz waren. Sie hatten somit wenig Interesse an Kooperationen.» Jede der drei Fachhochschulen hatte eigene Ambitionen und eigene Glanzstücke. So berichtete Peter F. Amacher: «Man fand, das Technikum Windisch könnte schon bestehen bleiben. Es war mindestens ebenbürtig mit allen anderen schweizweit.» Auch Peter Abplanalp erinnerte sich an den Pluspunkt der FHSO: «Wir hatten den höchsten Selbstfinanzierungsgrad von allen vergleichbaren Schulen in der Schweiz.» Und wie bereits das Technikum in Muttenz habe

Die Hochschule für Gestaltung und Kunst Basel FHNW. Foto: Pati Grabowicz

auch die FHBB «Rang und Namen» gehabt. Folglich hatte es niemand eilig, «eine gemeinsame neue [Fachhochschulen] zu bauen». Ein weiterer wesentlicher Faktor dürfte auch der Umstand gewesen sein, dass die «Zusammenarbeit […] nicht freiwillig, sondern auf Druck des Bundes» erfolgt sei. Der Bund sah in der «Fachhochschule Nordwestschweiz» bereits 1998 eine Einheit, als er den drei Teilschulen FHA, FHBB und FHSO die Anerkennung – wenn auch mit Auflagen – erteilte. Neben der Betriebsbewilligung bedeutete die Anerkennung auch, dass die drei Fachhochschulen Anspruch auf die im Fachhochschulgesetz vorgesehene Bundesfinanzierung von einem Drittel der Betriebs- und Investitionskosten hatten. Zweifellos war dies trotz der Konkurrenz und der eigenen Ambitionen ein ganz wichtiger Motivator für die Zusammenarbeit. Und dennoch sei die Kooperation der drei Fachhochschulen, so Richard Bührer, «einfach ungenügend» gewesen. Dass die Kantone damals zudem noch «unterschiedliches Verhalten» in Bezug auf die Fusion an den Tag legten und es «auch in der Politik Leute [gab], die sagten, sie […] hätten keine Lust, in der Nordwestschweiz ein Riesengebilde zu machen», dürfte die Situation nicht vereinfacht haben.

Auf dem Weg zur Fusion

Doch dann kam, wie bereits geschildert, in der Politik wieder Bewegung ins Thema Fachhochschulen in der Nordwestschweiz. Rainer Huber trat 2001 sein Amt als Regierungsrat im Kanton Aargau an und er marschierte gleich los in Richtung Fusion. Für die operative Ebene übernahm Peter F. Amacher ab 2002 das Amt des Präsidenten der Fachhochschulleitung FHA. Neben den Aufgaben in der FHA begleitete er zu Beginn «die Fragen rund um die FHNW aktiv». Doch Rainer Huber erwartete von ihm, dass er die «Führung unter den Schulleitern» übernehmen sollte. Peter F. Amacher schien es, dies sei «nicht überall auf volle Akzeptanz gestossen». Es mag durchaus solche Stimmen gegeben haben, aber gemäss den Akten des Kooperationsrats wechselte dort ebenso wie in der Schulleitungskonferenz der Vorsitz turnusgemäss alle zwei Jahre und 2002 war der Aargau an der Reihe.[7]

Im gleichen Jahr «bekamen die Fachhochschulen von den Regierungen der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau und Solothurn einen Planungsauftrag für eine Fusion.» Damit begann der Strategieentwicklungsprozess mit den



Klausuren zunächst im kleineren Rahmen in Engelberg und «im Sommer […] wurden dann die Grossklausuren auf die Beine gestellt mit Angehörigen der drei Teilschulen». «Von den Mitarbeitenden über alle Hierarchiestufen hinweg wurden in den […] Grossklausuren die gleichen inhaltlichen Punkte erarbeitet.» Im Strategieentwicklungsprozess wurden auch Fachpersonen aus Universitäten und Wirtschaft hinzugezogen und «alle sagten […], dass es vernünftig sei, dass nun diese Fusion an die Hand genommen wurde». Beim zweiten Treffen in Engelberg im September ging es «primär um die Verarbeitung der Resultate aus den grossen Tagungen in Emmetten und Hertenstein». Zudem wurden «Projektaufträge» und Arbeitsgruppen gebildet. Richard Bührer erläuterte: «Wir haben damals auch eine SWOT-Analyse gemacht. Das war etwas Neues.» «Wir haben das Projekt FHNW in viele Unterprojekte aufgeteilt», berichtete Peter F. Amacher. Jeder Direktor war mit seinen Mitarbeitenden für unterschiedliche Teilprojekte zuständig. So haben alle «neben ihrer Hauptaufgabe, der Führung ihrer [Fachhochschulen], wesentlich am Aufbau der FHNW» zusammengearbeitet.

Die meisten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, ob aus der Politik, den Fachhochschulratspräsidien oder den Direktionen, haben den Strategieentwicklungsprozess positiv erlebt. Peter Abplanalp hingegen, der die Erfahrung gemacht hatte, dass «Fusionen meistens nicht das brachten, was man davon erwartet hatte», war der Ansicht, dass es in diesem Prozess in erster Linie darum gegangen sei, wer welchen Fachbereich für sich habe gewinnen können. Auch wenn an den drei Fachhochschulen die Direktoren den Strategieentwicklungsprozess unterschiedlich beurteilten, so waren sie doch alle von Anfang an in die politischen Entwicklungen einbezogen.

Nicht offiziell und eigentlich gar nicht mit dabei

Bis Ende 2002 waren ausschliesslich die Direktionen der FHA, der FHBB und der FHSO am Strategieentwicklungsprozess und damit am FHNW-Fusionsprojekt beteiligt. Zwar hatte Rosemarie Leuenberger bereits an der Tagung im Mai 2002 in Engelberg teilgenommen, der offizielle Entscheid, den Kooperationsrat für die Strategieentwicklung «um je ein Mitglied des Hochschulrats der HPSA-BB und der PH Solothurn» zu erweitern, fiel jedoch erst in der Sitzung des Kooperationsrats vom 27. Januar 2003.[8] Eva Tov, die davon ausging, dass die Soziale Arbeit der FHA und der FHSO in der FHNW «zusammengeschmolzen sein» würden, war zu diesem Zeitpunkt von den Diskussionen und der Strategieentwicklung in der Nordwestschweiz «vollkommen abgeschnitten». Sie bemühte sich daher über den Hochschulrat der HPSA-BB und über Peter Schmid, in die Schulleitungskonferenz «reinzukommen». Nachdem Rosemarie Leuenberger in einem offiziellen Schreiben an den damaligen Kooperationsratsvorsitzenden Rainer Huber das Anliegen vorgebracht hatte, Eva Tov in die Schulleitungskonferenz einzuladen, stimmte der Kooperationsrat in seiner Sitzung vom September 2003 dem zu.[9] Eva Tov erklärte: «So habe ich wenigstens mitgekriegt, was die Themen sind und worum es geht.»[10] Sie berichtete dann jeweils ihrem Kollegen, dem damals noch designierten Co-Direktor der HPSA-BB, Viktor Abt, was in der Schulleitungskonferenz diskutiert wurde. Über ihre gemeinsame Arbeit berichtete sie: «Wir haben jeweils unsere Departemente geführt, so gut wir konnten, und gleichzeitig haben wir das gemacht, was zu machen war, um den Übergang in die FHNW irgendwie hinzukriegen.»

Und die PHSO? Martin Straumann, der von der Bildungsdirektorin, Ruth Gisi, für den Aufbau der PH von Bern nach Solothurn geholt worden war, konzipierte Studiengänge, erarbeitete pädagogische Fragestellungen und richtete sich an der PH Bern aus. «Das war unser Kooperationspartner», so erzählte er. Für ihn «war dies ein sinnvoller Weg», denn er kannte alle Professorinnen und Professoren der Lehrpersonenbildung in Bern. Er hatte dabei «die Unterstützung der Regierungsrätin [Ruth Gisi] und des Chefs des Amts für Hochschule und Mittelschule, Andreas Brand». «Mit Andreas Brand zusammen», so erklärte Martin Straumann, «haben wir [in Bern] mindestens zwei Gespräche geführt. Bern hatte damals eine dezentrale Lehrpersonenausbildung: in Langenthal, in Thun und in Bern. Die Idee war, dass die PHSO das vierte Berner Institut werden sollte.» Doch für Martin Straumann wurde dann völlig unerwartet dann etwas anderes beschlossen: «Quasi über Nacht wurde beschlossen, jetzt wird die PHSO in die FHNW integriert.»

Die Mitarbeitenden

Unvorhergesehene Beschlüsse dürften für die Bereitschaft der Mitarbeitenden, diese mitzutragen, nicht förderlich sein – insbesondere in einem Fusionsprozess. Daher wurde in den Zeitzeugengesprächen auch nach dem Einbezug der Mitarbeitenden gefragt und auch deren hohe Arbeitsbelastung thematisiert. Bei

der Zusammenführung der Vorgängerinstitutionen zur FHNW bestimmten zu einem wesentlichen Teil politische Entscheide – sei es in Aarau, in Liestal, in Basel oder in Solothurn –, ob Mitarbeitende früh in den Prozess eingebunden werden konnten oder nicht.

Für die FHA, die FHBB und die FHSO basierte der grundsätzliche Auftrag zur Zusammenarbeit einerseits auf den Bundesvorgaben und andererseits auf den bereits 1995 von den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn gefällten Regierungsratsbeschlüssen. Auch wenn die Ausgestaltung der Kooperation immer wieder diskutiert oder gar infrage gestellt wurde, konnten und mussten die drei Fachhochschulen bereits ab 1998 im Kooperationsrat und ab 2002 im Strategieentwicklungsprozess zusammenarbeiten. In diesem Prozess wurden, wie berichtet, Mitarbeitende über alle Funktionsstufen hinweg miteinbezogen. Natürlich konnten nicht alle Mitarbeitenden zu den Grossklausuren in Emmetten und Hertenstein eingeladen werden, aber sie sollten «von Anfang an […] auf vernünftige Art und Weise mitgenommen werden».

Der politische Konsens für den Einbezug der Pädagogik in die FHNW konnte erst spät im Verhandlungsprozess erreicht werden. Während die Pädagogik Departemente in der FHA und der HPSA-BB zumindest von den Fusionsplänen wussten, konnte sich Martin Straumann, obwohl Markus Reichenbach ab 2003 ebenfalls zu den Sitzungen des Kooperationsrats eingeladen wurde,[11] nicht daran erinnern, dass die Möglichkeit im Raum stand, die PHSO könnte in die FHNW integriert werden. Die Nachricht, dass dies nun geschehen würde, erreichte ihn erst, als der Entscheid schon gefällt worden war. Für ihn begann daher die Zusammenarbeit mit den Vertretungen der anderen PHs höchst unerwartet und erst zu dem Zeitpunkt, als die Vernehmlassung zum Staatsvertrag FHNW gestartet werden sollte. Zu vielen pädagogischen Fragestellungen und Konzeptionen hatten bereits «grosse Diskussionen […] in Basel und Aarau» stattgefunden, sodass diejenigen, die Martin Straumann in der PHSO eingeführt hatte, in der PH FHNW nicht übernommen wurden. Dort, so führte er aus, «mussten wir einfach umsetzen, was von oben, von der zentralen Leitung kam». Weil zu dieser für ihn unbefriedigenden Situation mit der Zeit noch Konflikte mit Mitarbeitenden und Vorgesetzten hinzukamen, verliess er nach nur wenigen Jahren die FHNW.

Ob mit einem frühzeitigen und eindeutigen Entscheid auf politischer Ebene der Einbezug der PHSO positiver verlaufen wäre, bleibt – zumindest in der Wahrnehmung von Martin Straumann – Spekulation. Dass auch bei ungünstigen Voraussetzungen die Zusammenführung gelingen kann, zeigt jedoch das Beispiel der Sozialen Arbeit und letztlich auch der Musik, wie im Kapitel 2 dargestellt.

Da die Soziale Arbeit aufgrund des politischen Willens in den beiden Basel nicht ein Teil der FHBB, sondern mit der Pädagogik zur HPSA-BB vereint war, wurde die strategische Ausrichtung der künftigen Hochschule für Soziale Arbeit der FHNW vor allem in Olten und Aarau erarbeitet. Die Soziale Arbeit Basel schien «nicht wirklich [einen] Platz in dieser Zukunft» zu haben. Um den Einbezug der Mitarbeitenden aus Basel dennoch sicherstellen zu können, hatte sich Eva Tov einverstanden erklärt, «aus dem Setting» herauszutreten und «den Leuten nicht mehr vor der Nase [zu sitzen], damit sich eben wirklich etwas Neues bilden konnte». Offenbar war dies eine gute Entscheidung, denn die Soziale Arbeit aus Basel habe in der FHNW, so Eva Tov, «ja auch ihren Platz gefunden». «Die Leute haben alle irgendwo ihre Themen weitermachen können und haben sich neu formiert.» Eva Tov selbst, die in den Jahren an der HPSA-BB mit Managementaufgaben voll ausgelastet war und somit keine Zeit für Lehre und Forschung hatte, erhielt ein Sabbatical, «um sozusagen wieder einsteigen zu können». Sie ist nach wie vor an der FHNW tätig.

Bereits im Strategieentwicklungsprozess, bei dem zunächst die Mitarbeitenden der drei Fachhochschulen schon teilweise einbezogen worden waren, und namentlich nach seiner Wahl zum Gesamtprojektleiter Ende 2003 war Richard Bührer der Einbezug der Mitarbeitenden auf allen Ebenen ein wichtiges Thema: «Es war nicht akzeptabel, dass nur das oberste Kader miteinander sprechen und alles beschliessen sollte. Wir wollten, dass alle informiert waren und den Prozess akzeptieren konnten.» Ihm war auch klar, dass eine Fusion von Ängsten überschattet sein konnte. Es kam sehr schnell die Frage auf: «Wer wird ‹überleben›? Insbesondere bei den Führungskräften und den Mitarbeitenden in leitenden Funktionen.» Und natürlich verlief der Prozess nicht ohne «zahlreiche Interventionen, […] Angst vor Problemen, Angst vor Arbeitsverlust» und vielem mehr. «Es gab Doppelspurigkeiten, die nicht belassen werden konnten.» Und alle hätten schliesslich «in einer anderen

Hierarchie» arbeiten müssen. Mehrfach betonte Richard Bührer im Gespräch, wie wichtig es ihm gewesen sei, «dass die Mitarbeitenden die Gelegenheit haben, zu verstehen, was in dieser Schule passiert». Um das zu erreichen, stand Information an erster Stelle. «Wir machten das im Jahresbericht, aber ich habe auch viele persönliche Besuche […] gemacht. Ich war […] viel unterwegs, habe viel mit Leuten gesprochen.» «Wir haben auch grosse Veranstaltungen gemacht mit bis zu 500 Leuten. Das waren immer ganz gute Geschichten. […] Man konnte sich mal «face to face» austauschen. Es war wichtig, dass [die Mitarbeitenden] hörten, was in der Chefetage lief.» Die ihm direkt unterstellten künftigen Direktoren und Direktorinnen der acht Hochschulen, wie die Fachbereiche an der FHNW genannt werden sollten, besuchte er monatlich. «Jemand in einer solchen Führungsposition ist ziemlich einsam.» Daher boten sich diese Besuche an, um zu fragen, «wie es ihnen geht [und] wo es ein wenig klemmt». Richard Bührer habe diese Besuche auch genutzt, um «eine positive Einstellung [zu] vermitteln», welche die Direktorinnen und Direktoren ihrerseits ihren Mitarbeitenden weitergeben sollten.

Die hohe Arbeitsbelastung war für die Gesprächspartnerinnen und -partner selber ein Thema, aber vor allem stellten sie diese bei den Mitarbeitenden fest. «Für die Beteiligten war es […] ein Dauerstress», erzählte Richard Bührer. «Da haben die Leute extrem viel mitgearbeitet. Viele mussten bis zu 30 Prozent über dem normalen Pensum arbeiten.» Natürlich wurde versucht, dies durch den Aufbau von klaren «Strukturen und Projektführungen» nicht ausufern zu lassen: «Wir mussten die Grenzen der Belastbarkeit der Beteiligten im Blick haben.»[12] Und bei Bedarf musste «zeitnah» entschieden werden.[13] Das war auch nötig, weil die Politik, nachdem der Entscheid zur Fusion einmal gefällt war, ein hohes Tempo vorgab. «Wir konnten nicht jahrelang schauen, welche Strategien und Prozesse definiert und umgesetzt werden sollten.»[14]

Rückblickend stellte Richard Bührer fest: «Dank dessen, dass wir sorgfältig mit den Mitarbeitenden umgegangen sind und bei Problemen versucht haben, gute Lösungen zu finden, kam es im Lauf der Fusion fast zu keinen Fluktuationen.» Auch für Eva Tov war der Umgang mit den Mitarbeitenden «ein grosses Plus. Es war ein echtes Bekenntnis an die Mitarbeitenden, dass niemand gehen musste.» «Das Fazit ist», so Richard Bührer, «dass die Überführung der Mitarbeitenden in eine gemeinsame Fachhochschule erstaunlich gut gelaufen ist.»

1 Peter F. Amachers Wahl durch den Regierungsrat des Kantons Aargau erfolgte am 23.5.2002. René Bortolani S. 176.
2 Im Dezember 2001 verabschiedeten die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt die Parlamentsbotschaften zur HPSA-BB. 2002 hiessen die beiden Kantonsparlamente den Staatsvertrag gut. Im Kanton Basel-Landschaft brauchte es jedoch eine Volksabstimmung. Die Baselbieter Bevölkerung stimmte im November 2003 der Fusion mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen zu. Per 1. Januar 2004 konnte somit die HPSA-BB offiziell starten: Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Genehmigung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB); Partnerschaftliches Geschäft, Landratsvorlagen Nr. 2001-309 vom 18. Dezember 2001, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landratparlament/geschafte/geschaftsliste/2001-november-dezember-262-bis-314>, Stand: 22.08.2025; FHNW Hochschule für Soziale Arbeit: Zur Geschichte der Sozialen Arbeit. 2004 – Basler Schulen – von einer Fusion in die nächste, 9.8.2021, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte/2004-basler-schulen-von-einer-fusion-in-die-naechste/>, Stand: 22.8.2025.
3 Die Bezeichnung Basisstufe wurde von der EDK nicht akzeptiert, daher musste der Studiengang in Vorschule/Unterstufe umbenannt werden: Martin Straumann, Timecodes: 37:43 → 38:17 und 38:19 → 38:42.
4 Wie Anm. 17, Kapitel 3.
5 Stephan Bieri: Führung, Organisation und Portfolio einer Hochschule als Gestaltungsaufgabe. Überlegungen zur Entwicklung der Fachhochschule im Aargau, in: René Bortolani, 2006, S. 172–183, hier S. 176.
6 Wie Anm. 17, Kapitel 3, S. 3.
7 Wie Anm. 14, Kapitel 1.
8 Rosemarie Leuenberger: Antrag auf Einbezug einer Vertretung der HPSA-BB, namentlich des Fachbereichs der Sozialen Arbeit in operativen Gremien der FHNW. Schreiben an den Präsidenten des Kooperationsrats vom 19.8.2003, in: StAAG ZwA 2013 0033/05 Kooperationsrat FHNW 2003.
9 Rainer Huber: Antrag auf Einbezug einer Vertretung der HPSA-BB, namentlich des Fachbereichs der Sozialen Arbeit in operativen Gremien der FHNW. Antwortschreiben des Präsidenten des Kooperationsrats vom 1.9.2003 an Rosemarie Leuenberger. Wie Anm. 60, Kapitel 4.
10 Wie Anm. 63, Kapitel 4.
11 Wie Anm. 60, Kapitel 4.
12 Wie Anm. 93, Kapitel 4.
13 Wie Anm. 95, Kapitel 4.
14 Ebd.



Am FHNW Campus Muttenz sind heute fünf Hochschulen der FHNW ansässig. Foto: Tom Bisig

Die Erfolgsfaktoren

Zu Beginn der Gespräche wurden die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nach den Herausforderungen und den Meilensteinen gefragt. Bei den Schilderungen, wie diese gemeistert bzw. erreicht wurden, kamen auch Erfolgsfaktoren für die gelungene Fusion zur FHNW zur Sprache. Ein paar wenige sollen hier im Sinne eines Fazits genannt werden.

Für die Direktionen, welche die Zusammenführung zur FHNW konkret umsetzen mussten, waren die Mitarbeitenden ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Wie im letzten Kapitel berichtet, sollten sie rechtzeitig informiert werden – niemand sollte erst aus den Medien erfahren, was an seiner Fachhochschule passiert. Sie sollten einbezogen werden, wie zum Beispiel in den Grossklausuren im Rahmen der Strategieentwicklung. Und sie sollten gesund bleiben.

Ein «Schlüssel» zum Erfolg war auch, dass die Zuteilung der Fachbereiche gelang. Für die Mitglieder der vier Parlamente, deren Zustimmung die Gründung der FHNW erst möglich machte, war es sehr wichtig, dass sie in den Unterlagen lesen konnten: «Jeder Kanton wird ein wichtiger Standort von dieser neuen [Fachhochschule] werden.»

Auch gegenseitiges Verständnis und Respekt spielten eine wichtige Rolle; dies zeigte sich beispielsweise beim vorläufigen Verbleib des vergleichsweise teuren PH-Standorts in Solothurn oder bei der zwei Jahre verzögerten Integration der Musik. Die unentschlossene Haltung des Kantons Solothurn, welche Ruth Gisi vertreten musste, führte insbesondere bei den anderen beteiligten Regierungsräten immer mal wieder zu Irritationen. Doch zumindest in der Rückschau hatten sie jedoch auch Verständnis dafür. So war Christoph Eymann klar, dass man als Departementsvorsteher oder -vorsteherin zunächst klären müsse, ob man im eigenen Kanton überhaupt die Zustimmung für ein Vorhaben gewinnen könne. Peter Schmid meinte, es sei nicht klar gewesen, ob sich die Solothurner Regierung zum Thema FHNW einig gewesen sei oder nicht. Und Rainer Huber verstand, dass sich der Kanton Solothurn mit der Zustimmung zur FHNW schwer tat angesichts des Zusammenbruchs der Kantonalbank im Jahr 1994. Das «kann man nicht in zehn Jahren ausbügeln». Sein Motto war: «Man muss gegenüber jedem Kanton Respekt haben.»

Einsicht war auch erforderlich bei der Frage, wo der Hauptsitz der FHNW sein sollte. Neben der Bedingung, dass die Technik in Brugg bleiben sollte, verlangte Rainer Huber auch, dass der Hauptsitz der neuen Fachhochschule im Kanton Aargau domiziliert sein sollte. In seiner Erinnerung stimmten die «anderen Kantone […] nach kurzem Zögern vonseiten Solothurns und leichtem Knurren vonseiten der beiden Basel» dieser Forderung zu. Im Baselbiet erinnerten sich weder Peter Schmid noch Gianfranco Balestra an das Knurren, sondern hatten aufgrund des gescheiterten Versuchs, in den 1970er-Jahren eine Universität im Kanton Aargau zu schaffen, Verständnis für dieses Anliegen und versicherten, dass, wenn im Kanton oder in der FHBB ablehnende Stimmen laut geworden seien, der «juristische Geschäftssitz der FHNW» «sekundär» sei.

Kompromissbereitschaft zählte ebenfalls zu den Erfolgsfaktoren. Damit die Verteilung der Fachbereiche ein solcher Schlüssel zum Erfolg werden konnte, brauchte es eine grosse Anzahl an Kompromissen. Der Kanton Aargau gab den Fachbereich Kunst nach Basel und die Soziale Arbeit nach Olten ab. Die beiden Basel stimmten dem Wechsel der Technik nach Brugg-Windisch zu und Solothurn akzeptierte den Einbezug der Musik, wenn auch mit der Bedingung, dass sie erst zwei Jahre später integriert würde.

Auch bei der Wahl des Direktionspräsidenten war Kompromissbereitschaft notwendig. Sowohl Peter F. Amacher als auch Richard Bührer bewarben sich für dieses Amt. Beide hatten sich mit viel Herzblut und unermüdlichem Engagement für die Fusion zur FHNW eingesetzt. Der Wunschkandidat von Rainer Huber war Peter F. Amacher. Bei ihm war er sich sicher, dass er Aufträge zielgerichtet erfüllen würde. Richard Bührer schätzte er zwar «als sehr umgänglichen, guten und überlegenden Menschen» ein. Doch im Hinblick auf die Umsetzung von Zielen meinte er: «Für mich war er zu wenig nachhaltig, zu wenig konsequent.» Dennoch wurde Richard Bührer zum ersten Direktionspräsidenten der FHNW gewählt. Peter F. Amacher, der wusste, dass Rainer Huber ihn als Direktionspräsidenten vorgezogen hätte, konnte nach der Gründung weitere spannende Aufgaben übernehmen. Er meinte daher rückblickend: «Im Nachhinein war es für mich ein Glücksfall, dass Richard Bührer Direktionspräsident der FHNW wurde.» Er wäre Peter Schmid direkt unterstellt gewesen, da dieser zum Zeitpunkt der Wahl des Direktionspräsidenten bereits den Vorsitz der Projektsteuerung innehatte. Die Zusammenarbeit hätte schwierig werden können. Denn Peter F. Amacher war klar, dass sein Führungsstil und derjenige von Peter Schmid sich grundsätzlich

Das eindrückliche Atrium des FHNW Campus Muttenz.
Foto: Studio Gataric Fotografie

unterschieden hätten, während Peter Schmid mit Richard Bührer bereits in der FHBB erfolgreich zusammengearbeitet habe.

Sowohl Peter F. Amacher als auch Rainer Huber hätten sich eine schnellere Weiterentwicklung der FHNW nach dem Start gewünscht. Doch Peter F. Amacher sah auch, dass sich die FHNW nach der Zustimmung durch die Parlamente zuerst stabilisieren musste. Auch Peter Schmid war dieser Meinung. Er erachtet es als «Glücksfall», dass Richard Bührer die Leitung der FHNW in der Konsolidierungsphase übernahm, auch wenn er nicht unangefochten geblieben sei. «Er wurde oft angegriffen, weil er zu wenig durchgegriffen habe. Aber die grenzenlose Geduld und die menschliche Bescheidenheit von Richi Bührer waren ein ganz wichtiges Element.»

In vielen Gesprächen kamen Wertschätzung und Akzeptanz für die anderen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zum Ausdruck. Doch auch weit über diesen Personenkreis hinaus wurden der Einsatz und die Leistung der am Fusionsprozess beteiligten Personen betont. Die wertvolle Arbeit im Hintergrund und das perfekte Zusammenspiel der Mitarbeitenden der Bildungsdirektionen wurden mehrfach genannt. Auch der Beitrag der eigenen Mitarbeitenden wurde nicht vergessen: «Dass der Zusammenschluss […] gelungen ist, ist nicht zuletzt den Mitarbeitenden zu verdanken, all denen, […] die […] an das gemeinsame Ziel einer grossen vierkantonalen Fachhochschule glaubten», so Peter F. Amacher.

Neben den genannten Faktoren, die man dem Bereich der Sozialkompetenzen zuordnen kann, brauchte es noch viele wichtige Sachentscheide. Als Beispiel sei hier der Umgang mit den Gebäuden für die FHNW genannt. Hochschulgebäude sind äusserst komplexe Bauprojekte,' bei denen neben allen anderen Schwierigkeiten die Kosten aus dem Ruder laufen können.[2] Für die FHNW brauchte es neue Gebäude. Im Campus Muttenz allein sollten 36 Standorte in der Region zusammen untergebracht werden[3] und als die Campusbauten 2013 in Brugg-Windisch und in Olten eröffnet wurden, war die Anzahl der Studierenden um knapp 4 000 gegenüber dem Gründungsjahr angestiegen.[4] Um die Komplexität eines Neubaus nicht noch zusätzlich mit vierkantonalen Entscheidungsprozessen zu belasten, wurde entschieden, dass jeder Kanton einen Campus bauen sollte. «Damit war klar, wer für was verantwortlich ist», erinnerte sich Peter Kofmel. Die Bedingungen für diese



FHNW Campus Olten. Foto: WEISSWERT, Basel

Neubauten wurden im Staatsvertrag festgehalten.[6] Diese «Formel» war, so Peter Schmid, «ein Durchbruch».

Für Peter F. Amacher trugen zwei weitere Aspekte zur erfolgreichen Fusion der FHNW bei: «Es war der richtige Zeitpunkt und da war der Druck der Eidgenossenschaft.» Ausserdem sollte kein Kanton benachteiligt werden.

Der Zwang durch den Bund war der Auslöser und ein wichtiger Motor. Aus den bestehenden Höheren Fachschulen sollten nicht über 50, sondern nur sieben Fachhochschulen entstehen. Wie diese Konzentration zustande kommen sollte, überliess der Bund den Kantonen. Heute sind in der Schweiz neun öffentlich-rechtliche sowie eine private Fachhochschule akkreditiert.[6]
Von den neun öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen werden nur vier von mehreren Kantonen getragen.[7] Und nur die FHNW weist ein paritätisches Verhältnis der Trägerkantone auf, welches sich insbesondere durch den ausgewogenen Verteilschlüssel für die Finanzierung der FHNW sowie den wechselnden Vorsitz der Trägerkantone auszeichnet, der bereits im Kooperationsrat eingeführt wurde.[8]

Dass diese ausgewogene vierkantonale Trägerschaft in den Jahren ab 1998, aber vor allem von 2001 bis 2005 zustande kam und auf diese Weise die FHNW am 1. Januar 2006 ihren Betrieb starten konnte, beruhte jedoch nicht auf den Vorgaben des Bundes. Diese Gründung war das Ergebnis von umfangreichen Abklärungen, Vorarbeiten und Entwicklungsprozessen, von intensiven Verhandlungen und nicht zuletzt dem Willen der damaligen Entscheidungsträger und -trägerinnen sowie dem unermüdlichen Engagement aller Beteiligten.

Den Willen und die Motivation für das Engagement begründete Rainer Huber im Gespräch: «Ich bin in das Amt hinein mit der klaren Vorstellung, dass es die Fachhochschule braucht.» Denn die «Fachhochschulen sind die Weiterführung und Stärkung der dualen Berufsbildung». Wichtige Entscheidungen mussten getroffen werden, dazu brauchte es viel Fachwissen und Kompetenzen, die am richtigen Ort eingesetzt werden mussten. Aber nicht alles konnte gelenkt und geplant werden. Christoph Eymann betonte: «Es waren sehr viele Komponenten, die eine Rolle spielten, die man nicht steuern konnte und die sich häufig einfach so ergeben haben.» Peter Schmid hob ebenfalls etwas Wichtiges hervor: «Ein bisschen Glück braucht es auch.»





Die Bedingungen für die Campus-Neubauten, wie hier in Brugg-Windisch, wurden im Staatsvertrag festgehalten. «Ein Durchbruch», wie sich Peter Schmid erinnerte. Foto: zVg

1 Im Kanton Basel-Landschaft beispielsweise musste der Landrat für den FHNW Campus Muttenz zuerst anhand einer 50 Seiten starken Landratsvorlage über einen Projektierungskredit entscheiden und anschliessend über das definitive Bauprojekt. Diese Landratsvorlage dazu umfasste gut 40 Seiten: Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Neubau für die Fachhochschule Nordwestschweiz im Polyfeld Muttenz; «FHNW-Campus Muttenz»; Projektierungskredit/Landerwerb, Landratsvorlage Nr. 2009-384 vom 15. Dezember 2009, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landratparlament/geschafte/geschaftsliste/2009-november-dezember-310-bis-389/vorlage-1/2009-384.pdf/@@download/file/2009-384.pdf>, Stand: 3.9.2005; Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Neubau Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW-Campus Muttenz, Baukreditvorlage, Landratsvorlage Nr. 2013-349 vom 24. September 2013, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2013-september-oktober-290-bis-387/vorlage-1/2013-349.pdf/@@download/file/2013-349.pdf>, Stand: 3.9.2025.

2 Die beiden Neubauten für das Biozentrum und für die Biomedizin der Universität Basel verursachten deutlich höhere Kosten als geplant: Sebastian Briellmann, Isabelle Thommen, et al.: Basler Baudebakel: Die wichtigsten Millionen-Flops in der Übersicht, in: Basler Zeitung, 17.11.2022. <https://www.bazonline.ch/basler-baudebakel-die-wichtigsten-millionen-flops-in-der-uebersicht-605134611380>, Stand: 3.9.2025.

3 Wie Anm. 26, Kapitel 5, Landratsvorlage zum Projektierungskredit, S. 9.

4 FHNW: Jahresbericht 2013, S. 49, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/facts-und-figures/archiv/jahresbericht2013.pdf/@@display-file/file>, Stand: 4.9.2025.

5 Wie Anm. 88, Kapitel 3: § 35 Staatsvertrag FHNW.

6 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI: Fachhochschulen: sbfi.admin.ch <https://www.sbfi.admin.ch/de/fachhochschulen>, Stand: 22.7.2025.

7 Neben der FHNW handelt es sich um die Ostschweizer Fachhochschule (OST), die Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) und die Hochschule Luzern (HSLU). Bei diesen drei Institutionen besteht ein deutliches Ungleichgewicht hinsichtlich der Bedeutung der Trägerkantone. Bei der OST stellt der Kanton St. Gallen mit seinem Globalbeitrag die Erfüllung des Leistungsauftrags sicher, während die Partnerkantone «lediglich» zur Restfinanzierung beitragen. Hinzu kommt, dass alle Standorte der OST sich im Kanton St. Gallen befinden. Bei der HSLU macht bereits die Bezeichnung der Fachhochschule deutlich, dass der Kanton Luzern eine dominante Rolle einnimmt, insbesondere steht ihm auch der Vorsitz des Konkordatsrats zu. Da der Unterschied bei der Höhe der Finanzierungsbeiträge sehr gross ist, haben auch bei der HES-SO die grossen Kantone ein stärkeres Gewicht im Verhältnis der Trägerkantone: Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Abschlussbericht Programm Generelle Aufgaben überprüfung 2020–2023 im Aufgabenfeld Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen, Landratsvorlage Nr. 2023-160 vom 28.5.2023, baselland.ch, <https://baselland.talus.ch/de/dokumente/geschaeft/2e5de31fb5b648d8a2da-6f64794a0319-332>, Stand: 22.7.2025.

8 Wie Anm. 14, Kapitel 1.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Kanton Aargau
BBl	Bundesblatt
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
DSP	Demokratisch-Soziale Partei
EDK	Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren
EFHK	Eidgenössische Fachhochschulkommission
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei, heute FDP.Die Liberalen
FH	Fachhochschule
FHA	Fachhochschule Aargau
FHBB	Fachhochschule beider Basel
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
FH-Räte	Fachhochschulratsmitglieder
FHSG	Fachhochschulgesetz
FHSO	Fachhochschule Solothurn
HES-SO	Haute école spécialisée de Suisse occidentale
HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
HPSA-BB	Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel
HSLU	Hochschule Luzern
HTL	Höhere Technische Lehranstalt
HWV	Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule Olten
IRF	Institutional Repository FHNW
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
LHG	Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg
NW EDK	Nordschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz
OST	Ostschweizer Fachhochschule
PCGG	Public-Corporate-Governance-Gesetz
PH	Pädagogische Hochschule
PHSO	Pädagogische Hochschule Solothurn
RRB	Regierungsratsbeschluss
SBV	Schweizerischer Bankverein
SKB	Solothurner Kantonalbank
SO	Kanton Solothurn
StAAG	Staatsarchiv des Kantons Aargau
StABL	Staatsarchiv des Kantons Basel-Landschaft
StASO	Staatsarchiv des Kantons Solothurn
STEP	Strategieentwicklungsprozess

FHNW Campus Brugg-Windisch. Foto: WEISSWERT, Basel



Quellen und Literaturverzeichnis

Institutional Repository FHNW, IRF FHNW:
Die Zeitzeugengespräche: 20 Jahre FHNW, geführt von Jacqueline Weber, sind zugänglich im IRF FHNW, <https://doi.org/10.26041/fhnw-13390>.
Zeitzeugengespräch mit Peter Abplanalp, Solothurn, 5.6.2025, 41 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Peter F. Amacher, Brugg-Windisch, 29.4.2025, 53 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Gianfranco Balestra, Reinach BL, 15.5.2025, 23 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Richard Bührer,Brugg-Windisch, 19.6.2025, 72 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Christoph Eymann, Basel, 10.6.2025, 38 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Rainer Huber, Olten, 27.5.2025, 51 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Peter Kofmel, Olten, 8.5.2025, 65 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Rosemarie Leuenberger, Bottmingen, 24.4.2025, 23 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Markus Reichenbach, Olten, 10.7.2025, 23 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Peter Schmid, Liestal, 12.5.2025, 74 Minuten.
Zeitzeugengespräch mit Martin Straumann, Olten, 20.5.2025, 52 Minuten.

Staatsarchiv des Kantons Aargau, StAAG:
ZwA 2013 0033/1 Kooperationsrat FHNW 1999.
ZwA 2013 0033/2 Kooperationsrat FHNW 2000.
ZwA 2013 0033/3 Kooperationsrat FHNW 2001.
ZwA 2013 0033/4 Kooperationsrat FHNW 2002.
ZwA 2013 0033/5 Kooperationsrat FHNW 2003.
ZwA 2013 0033/6 Kooperationsrat FHNW 2004.

Staatsarchiv des Kantons Basel-Landschaft, StABL:
VR 3001 RRB 03 1995 1473.
VR 3501 B 23.10.00-020 1998–1999.
VR 3501 B 23.10.00-020 2000–2001.
VR 3501 B 23.10.00-020 2002–2003/I Jan.–April.
VR 3501 B 23.10.00-020 2003/II Mai–Dez.
VR 3501 B 23.16.18-003.

Staatsarchiv des Kantons Solothurn, StASO:
720-0/01 Kooperationsrat FHNW, Korrespondenz 1, 1996–1998.
720-0/02 Kooperationsrat FHNW, Korrespondenz 2, 1997–1998.
720-0/03 Kooperationsrat FHNW, Korrespondenz 3, 1998–2000.
720-0/04 Kooperationsrat FHNW, Korrespondenz 4, 1998–2001.

Regierungsakten, RRB Nr. 2137 vom 17.8.1995.
Regierungsakten, RRB Nr. 2004/523 vom 9.5.2004.

Amtliche Publikationen und Gesetze:
Bundesverwaltung: Kantonsliste A- und B-Objekte des Kantons Solothurn, admin.ch, backend.babs.admin.ch, <https://backend.babs.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-babsch-files/files/2024/02/28/2142ae82-3fbb-42b0-b7c2-88736e0c1779.pdf>, Stand: 7.8.2025.

Gesetze des Kantons Aargau: Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW, SAR 426.070), gesetzessammlungen.ag.ch, <https://gesetzessammlungen.ag.ch/app/de/texts_of_law/426.070>, Stand: 16.5.2025.

Gesetze des Kantons Basel-Landschaft: Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG, SR 314), § 5 Bst. l, baselland.ch, <https://bl.clex.ch/app/de/texts_of_law/314>, Stand: 16.8.2025.

Gesetze des Landes Baden-Württemberg: Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz, LHG) vom 1.1.2005, hier § 38 Promotion, in: landesrecht-bw.de, <https://www.landesrecht-bw.de/bsbw/document/jlr-HSchulGBWV28P38>, Stand: 14.8.2025.

Grosser Rat des Kantons Aargau: Beschlussprotokoll, ag.ch, 8.3.2005, <https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/187/Beschlussprotokoll?Sitzungid=1500>, Stand: 22.4.2025.

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt: Provisorisches Beschluss-Protokoll, bs.ch, 9.3.2005, <https://grosserrat.bs.ch/media/files/ratsprotokolle/beschluss-protokoll_2005-03-09.pdf>, Stand: 22.4.2025.

Landrat des Kantons Basel-Landschaft: Protokoll der Landratssitzung vom 21.4.2005, basel-land.ch, 21.4.2005, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/sitzungen/traktanden-2005-2009/traktandenliste-18/protokoll-der-landratssitzung-vom-21-apr-4>, Stand: 22.4.2025.

Kanton Basel-Stadt: Alt-Regierungsräte. Liste aller Mitglieder des Regierungsrats seit 1875, bs.ch, 25.7.2025, <https://www.bs.ch/regierungsrat/alt-regierungsraete>, Stand: 5.9.2025.

Kantonsrat des Kantons Solothurn: II. Session, 5. Sitzung, 4.5.2005, so.ch, 04.05.2005. <https://so.ch/fileadmin/internet/pd/pdf/protokolle/2005/050504-v1.pdf>, Stand: 22.4.2025.

Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn: Wahl des Fachhochschulrats und der Beschwerdekommission der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW. Medienmitteilung vom 8.12.2017, ag.ch, 8.12.2017, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=wahl-des-fachhochschulrats-und-der-beschwerdekommission-der-fachhochschule-nordwestschweiz-fhnw-12c0b4ee-b981-4f0a-b8dc-e3dbee5cf721_de>, Stand: 9.8.2025.

Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt: Die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben die Mitglieder des Fachhochschulrates gewählt. Medienmitteilung vom 18.5.1997, bs.ch, 18.3.1997, <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/1997-die-regierungen-von-basel-landschaft-und-basel-stadt-haben-die-mitglieder-des-fachhochschulrates-gewaehlt>, Stand: 9.8.2025.

Regierungsrat des Kantons Aargau: Fachhochschule Aargau in Brugg/Windisch. Konzentration der Berufsschulen, Medienmitteilung vom 8.6.2001, ag.ch, 8.6.2001, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?publicationDate-from=2001-06-06T22%3A00%3A00.000Z&page=1&publicationDate-datetime=custom&publicationDate-to=2001-06-08T22%3A00%3A00.000Z&mm=fachhochschule-aargau-in-brugg-windisch-1852233c-47f2-41d9-adcb-f81130fd1402_de>, Stand: 31.7.2025.

Regierungsrat des Kantons Aargau: Regierungsrat würdigt den geistigen Vater der Fachhochschule Nordwestschweiz. Zum Tod von Alois Sonnenmoser, Medienmitteilung vom 7.7.2004, ag.ch, 7.7.2004, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=regierungsrat-wuerdigt-geistigen-vater-der-fachhochschule-nordwestschweiz-6aeb0990-faff-4903-86d5-502cc854d59f_de>, Stand: 15.8.2025.

Regierungsrat des Kantons Aargau: Richtlinien zur Public Corporate Governance vom 18.9.2013 (PCG-Richtlinien), Ziff. 23, ag.ch, <https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/dfr/dokumente/finanzen/beteiligungen/public-corporate-governance/20170906-pcg-richtlinien.pdf>, Stand: 16.8.2025.

Regierungsrat des Kantons Aargau: Stephan Bieri tritt aus dem Fachhochschulrat zurück, Medienmitteilung vom 24.4.2003, ag.ch, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=stephan-bieri-tritt-aus-dem-fachhochschulrat-zurueck-c364e3f5-2f13-4678-aad6-f5a6900b484e_de>, Stand: 07.08.2025.

Regierungsrat des Kantons Aargau: Weitergehende Strategieentwicklung. Fachhochschulregion Nordwestschweiz, Medienmitteilung vom 8.6.2001, ag.ch, 8.6.2001, <https://www.ag.ch/de/medien/medienmitteilungen?mm=weitergehende-strategieentwicklung-4fd023da-c42f-4eee-af5d-94c9d857c167_de>, Stand: 29.7.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Abschlussbericht Programm Generelle Aufgabenüberprüfung 2020–2023 im Aufgabenfeld Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen, Landratsvorlage Nr. 2023-160 vom 28.3.2023, baselland.ch, <https://baselland.talus.ch/de/dokumente/geschaeft/2e5de31fb5b648d8a2da6f64794a0319-332>, Stand: 22.7.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Fachhochschule Nordwestschweiz; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2012–2014; Änderung von § 33 des Staatsvertrags, Landratsvorlage Nr. 2011-315 vom 15.11.2011, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2011-november-dezember-293-bis-378>, Stand: 12.3.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Genehmigung des Staatsvertrags über die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW vom 27.10/9.11.2004, Partnerschaftliches Geschäft, Landratsvorlage Nr. 2004-284 vom 11.11.2004, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2004-november-dezember-278-bis-332>, Stand: 12.3.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Genehmigung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB); Partnerschaftliches Geschäft, Landratsvorlagen Nr. 2001-309 vom 18.12.2001, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2001-november-dezember-262-bis-314>, Stand: 22.8.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Leistungsauftrag an die Fachhochschule, FHNW, Landratsvorlage Nr. 2005-177 vom 21.6.2005, Beilage 2: Leistungsauftrag der FHNW für die Jahre 2006–2008, S. 11, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2005-mai-juni-122-bis-192/2005-177/downloads-1/2005-177_beilage2.pdf/@@download/file/2005-177_beilage2.pdf>, Stand: 11.8.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Neubau Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW-Campus Muttenz, Baukreditvorlage, Landratsvorlage Nr. 2013-349 vom 24. September 2013, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2013-september-oktober-290-bis-387/vorlage-1/2013-349.pdf/@@download/file/2013-349.pdf>, Stand: 3.9.2025.

Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Neubau für die Fachhochschule Nordwestschweiz im Polyfeld Muttenz; «FHNW-Campus Muttenz»; Projektierungskredit/Landerwerb, Landratsvorlage Nr. vom 2009-384 15.12.2009, baselland.ch, <https://kanton.baselland.ch/landrat-parlament/geschafte/geschaftsliste/2009-november-dezember-310-bis-389/vorlage-1/2009-384.pdf/@@download/file/2009-384.pdf>, Stand: 3.9.2005.

Schweizerischer Bundesrat: Botschaft zum Bundesgesetz über die Fachhochschulen vom 30.5.1994, Bundesblatt BBl 1994 III 789, 26.6.1994, S. 789–875. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1994/3_789_777_713/de>, Stand: 26.3.2025.

Schweizer Gesetzestexte: Gesetz über die Fachhochschulen (Fachhochschulgesetz, FHSG) BBl 1995 IV 470. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1995/4_470_473_457/de>, Stand: 17.3.2025.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation: Bologna-Prozess. Geschichte des Bologna-Prozesses in Europa, sbfi.admin.ch, <https://www.sbfi.admin.ch/de/bologna-prozess>, Stand: 7.8.2025.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI: Fachhochschulen: sbfi.admin.ch, <https://www.sbfi.admin.ch/de/fachhochschulen>, Stand: 22.7.2025.

Literatur:

Peter F. Amacher: Vorwort. Von der FHA zur FHNW – eine Erfolgsgeschichte, In: René Bortolani (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden, 2006, S. 6–7.

Stephan Bieri: Führung, Organisation und Portfolio einer Hochschule als Gestaltungsaufgabe. Überlegungen zur Entwicklung der Fachhochschule im Aargau, In: René Bortolani (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden, 2006, S. 172–183.

René Bortolani (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006.

Ernst Buschor: Hochschulen wohin? Stand und Perspektiven der Schweizer Hochschulreform, in: Alfred Kyrer (Hg.): Integratives Management für Universitäten und Fachhochschulen oder: Governance und Synergien im Bildungsbereich in Österreich, Deutschland und in der Schweiz. Wien 2002, S. 19–28.

Walter Hagenbüchle: Fachhochschulen, Historisches Lexikon der Schweiz, HLS, 23.11.2011, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/046285/2011-11-23/>, Stand: 15.8.2025.

Alexander Hofmann: Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromissen gewagt. Die Aargauer Fachhochschulpolitik 1992–2005, in: René Bortolani (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, S. 46–67.

Urs Mathys: 25 Jahre nach dem Crash: Das «Lehrstück» Kantonalbank hallt bis heute nach, in: Solothurner Zeitung vom 31.12.2019. <https://www.solothurner-zeitung.ch/solothurn/kanton-solothurn/25-jahre-nach-dem-crash-das-lehrstuck-kantonalbank-hallt-bis-heute-nach-ld.1403606>, Stand: 16.8.2025.

o. A.: Peter Wertli, alt Regierungsrat, ehemaliger Richter, in: Zeitgeschichte Aargau, <https://www.zeitgeschichte-aargau.ch/zeitzeugen-4/peter-wertli/>, Stand: 5.5.2025.

Beat A. Schwendimann: Überfälliges Promotionsrecht für Pädagogische Hochschulen aus Sicht des Berufsverbands, in: Beiträge zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Promotion an Pädagogischen Hochschulen, 41 (1), 2023, S. 26–29. <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/256848/2/BIZ_2023_1_Niebert_et_al_Promovieren_oder.pdf>, Stand: 14.8.2025.

Hans Martin Tschudi: Nachruf auf Hansjörg Wirz. Der Basler, der in Schottland Anlauf holte, in: Basler Zeitung, 9.1.2024. <https://www.bazonline.ch/nachruf-auf-hansjoerg-wirz-der-basler-der-in-schottland-anlauf-holte-944690117090>, Stand: 31.7.2025.

Stefan Hess: Alex Krauer. 1931–2021, in: Gemeinde Lexikon Riehen. <https://www.lexikon-riehen.ch/personen/alex-krauer/>, Stand: 5.9.2025.

Websites:

FHNW: Anschlussmöglichkeiten für Sek-II-Absolvent*innen. Master Educational Sciences und Promotionsprogramm, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/studium/paedagogik/sekundarstufe-2>, Stand: 14.8.2025.

FHNW: Facts & Figures 2024, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/facts-und-figures?activeAccordion=80db9231-306e-44d0-a32f-99501f5ef6c3>, Stand: 30.7.2025.

FHNW Hochschule für Angewandte Psychologie: Zum Tod von Eberhard Ulich, 22.4.2025, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/hochschulen/psychologie/medien/news/tod-eberhard-ulich>, Stand: 11.8.2025.

FHNW Hochschule für Soziale Arbeit: Zur Geschichte der Sozialen Arbeit. Entwicklungen der Sozialen Arbeit mit Fokus auf die Ausbildungen in der Nordwestschweiz seit 1914, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte/>, Stand: 12.8.2025.

FHNW Hochschule für Soziale Arbeit: Zur Geschichte der Sozialen Arbeit. Gespräch mit Prof. Dr. Luzia Truniger, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte/interviews/interview-luzia-truniger/>, Stand: 11.8.2025.

FHNW Hochschule für Soziale Arbeit: Zur Geschichte der Sozialen Arbeit. 2004 – Basler Schulen – von einer Fusion in die nächste, 9.8.2021, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte/2004-basler-schulen-von-einer-fusion-in-die-naechste/>, Stand: 22.8.2025.

FHNW: Jahresbericht 2007, Statistiken, S. 36, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/facts-und-figures/archiv/jahresbericht2007.pdf/@@display-file/file>, Stand: 30.7.2025.

FHNW: Jahresbericht 2024. Statistiken,S. 7, fhnw.ch, <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/facts-und-figures/jahresbericht/media/jahresbericht-2024-statistiken-fhnw.pdf/@@display-file/file>, Stand: 30.7.2025.

NW EDK: Mitglieder der NW EDK, nwedk.ch, <https://www.nwedk.ch/mitglieder-der-nw-edk>, Stand: 15.8.2025.

swissuniversities: Position von swissuniversities zum Doktorat, swissuniversities.ch, 22.4.2021, <https://www.swissuniversities.ch/fileadmin/swissuniversities/Dokumente/Empfehlungen_und_Best_Practices/swuPositionDoktorat2021_de.pdf>, Stand: 14.8.2025.

Zur Autorin
Dr. Jacqueline Weber ist Historikerin und war von 2002 bis 2024 bei der Bildungsdirektion des Kantons Basel-Landschaft als akademische Mitarbeiterin tätig. In dieser Zeit war sie über zehn Jahre für die FHNW zuständig und hat eine Vielzahl von politischen Vorstössen zur FHNW beantwortet.

Impressum

Herausgeberin:
Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW
Bahnhofstrasse 6
CH-5210 Windisch

T +41 56 202 77 00
www.fhnw.ch

Text: Dr. Jacqueline Weber
Layout: AnDiCo Lab, Hochschule für Gestaltung und Kunst Basel FHNW
Titelbild: WEISSWERT, Basel
Druck: Effingermedien AG
Auflage: 1400 Exemplare
Dezember 2025

Die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW
setzt sich aus folgenden Hochschulen zusammen:

- Hochschule für Angewandte Psychologie FHNW
- Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik FHNW
- Hochschule für Gestaltung und Kunst Basel FHNW
- Hochschule für Informatik FHNW
- Hochschule für Life Sciences FHNW
- Hochschule für Musik Basel FHNW
- Pädagogische Hochschule FHNW
- Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
- Hochschule für Technik und Umwelt FHNW
- Hochschule für Wirtschaft FHNW

Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW
Bahnhofstrasse 6
CH-5210 Windisch
kommunikation@fhnw.ch

www.fhnw.ch